



Extremismus im analogen und virtuellen Raum – Wechselwirkungen und Transformationsprozesse

Bereits seit einigen Jahren verlagert sich das Wirken extremistischer und sicherheitsgefährdender Kräfte immer stärker in den virtuellen Raum. Dabei ist nicht nur eine zunehmende Verlagerung der grundsätzlichen Aktivitäten und Inhalte festzustellen, beispielsweise in Form einer YouTube-Veröffentlichung eines zuvor aufgenommenen realweltlichen Vortrags. Durch hochtechnisierte Smartphones, multimediale Messenger-Dienste, ortsunabhängiges Live-Streaming, schnelle und flächendeckend verfügbare Bandbreiten und digitale Verschlüsselungstechniken eröffnen sich extremistischen und sicherheitsgefährdenden Akteuren und Gruppierungen vielmehr gänzlich neue Kommunikationsformen, Darstellungsoptionen und teilweise auch Möglichkeiten der öffentlichen Meinungsbildung. Insgesamt eröffnen diese technischen Entwicklungen Dynamiken, Interaktionen und Reichweiten, die in Form und Umfang im digitalen Raum bisher zumindest unbekannt und im analogen Raum gänzlich undenkbar waren. Durch den geplanten 5G-Ausbau sind auf der technischen Ebene weitere Fortentwicklungen zu erwarten, deren Folgen für die Kommunikation noch nicht abschätzbar sind.

Stark beschleunigt wurde die fortschreitende Digitalisierung und Internetnutzung durch die Corona-Pandemie und die damit einhergehenden Einschränkungen in der Realwelt. Allein in Europa wurde seit den ersten Lockdown-Maßnahmen im Frühjahr 2020 eine Erhöhung des wöchentlichen Internetverkehrs um mehr als 20 % verzeichnet.¹

¹ Vgl. Studie „The Lockdown Effect: Implications of the COVID-19 Pandemic on Internet Traffic“, vorgestellt auf der Internet Measurement Conference 2020, Oktober 2020, S. 2.

Ein katalysatorischer Effekt, der auch in extremistischen Kreisen infolge der Kontaktbeschränkungen festzustellen ist: Wo beispielsweise extremistische Vorträge, Stammtisch-Treffen oder Freitagspredigten nicht mehr durchgeführt werden konnten, wurden ersatzweise Live-Streams per Smartphone angeboten und anschließende Diskussionen mittels Messenger-Diensten geführt. Insgesamt sind die realweltlichen Zusammenkünfte und Aktivitäten extremistischer Personen und Gruppen im Zuge der Corona-Pandemie deutlich zurückgegangen und werden zunehmend online durchgeführt oder zumindest rückgekoppelt, beispielsweise mittels Live-Übertragungen von Demonstrationen.

Aus der pandemiebedingten Relevanzzunahme des virtuellen Raums heraus entwickelte sich letztlich ein zunehmender „digitaler Extremismus“, der mit den Begrenzungen des analogen Raums noch stärker bricht als zuvor, ihn jedoch nicht ersetzt, sondern vielmehr umgestaltet, und damit das Agitationsfeld von Extremisten um ein Vielfaches ausweitet. Eine Konsequenz hieraus ist die stetige Zunahme der Dauer, Intensität und Vielfalt extremistischer Präsenz, die im analogen Raum und vor allem in Zeiten pandemiebedingter Beschränkungen nicht geleistet werden könnte.

Im Folgenden wird dargestellt, welche realweltlichen Begrenzungen durch die zunehmende Fokussierung auf einen „digitalen Extremismus“ aufgebrochen werden und welche neuen bzw. erweiterten Handlungsräume und Möglichkeiten sich daraus für extremistische Akteure ergeben.

1. Ausweitung regionaler Handlungsräume

Im Gegensatz zum analogen bzw. Offline-Raum können Extremisten über virtuelle Instrumente, Video-Plattformen und Messenger-Dienste regionale (und sprachliche) Grenzen und damit auch pandemiebedingte geografische Beschränkungsmaßnahmen überwinden und sich über realweltliche Grenzen hinweg austauschen bzw. den eigenen Zuhörerkreis beinahe grenzenlos erweitern. Über virtuelle Vernetzungen können grenzüberschreitend oder gar

global agierende extremistische Gruppierungen, Kooperationen und Weltbilder in einem Umfang und Tempo entstehen und gestreut werden, wie es in der Realwelt (allein aus logistischen Gründen) nie möglich wäre. Im internationalen Kontext kann an dieser Stelle der Argwohn neuseeländischer Rechtsextremisten angeführt werden, die um die Abschaffung des zweiten Verfassungsartikels fürchteten, der ihnen vermeintlich das Recht zum Tragen von Waffen zugesteht – obwohl dieser Verfassungsartikel in Neuseeland nie bestand und die Angst lediglich über virtuelle Kanäle aus den USA importiert wurde.²

Auch die Verschwörungstheorie „QAnon“, über die mitunter antisemitische und rechtsextremistische Narrative verbreitet werden, stellt ein prominentes Beispiel für eine Verschwörungstheorie dar, die über das Internet weltweite Verbreitung und Anhänger findet und damit regional begrenzte Räume überwindet. „QAnon“ zufolge führte der ehemalige US-amerikanische Präsident Donald Trump einen internen Krieg gegen den sogenannten „Deep State“ (deutsch: „Tiefer Staat“). „QAnon“-Anhänger berufen sich dabei auf einen Informanten, der vermeintlich die „Q-Clearance“, d. h. die höchste Freigabestufe für Geheiminformationen des US-Energieministeriums besitzt. „Q“ zufolge würden Kinder im geheimen Auftrag einer aus Bankern, Politikern und Prominenten bestehenden korrupten Elite gefoltert und ermordet, um ein Lebenselixier aus ihnen zu gewinnen, das „Adrenochrom“. Auch wenn diese Verschwörungstheorie aus den USA stammt und ursprünglich allein auf die USA bezogen war, finden sich gegenwärtig Verfechter und Anhänger der Theorie auch in anderen Staaten, so u. a. in Deutschland. Dabei übertragen sie den Vorwurf der Kinderfolterung und -ermordung auch auf lokale (beispielsweise deutsche) Politiker und Prominente und tragen damit zu globalen Wechselwirkungen und zur Verstärkung der Verschwörungstheorie bei.

Im Bereich des Linksextremismus und Anarchismus ist bzgl. der Ausweitung regionaler Handlungsräume die Publikation „Zündlumpen – Anarchistische Zeitung aus

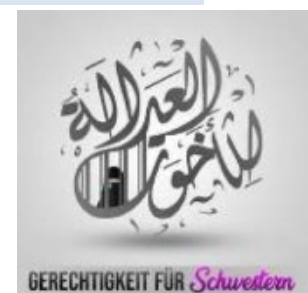
² Vgl. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-11/extremismus-internet-soziale-medien-coronavirus-radikalisierung-jakob-guhl/komplettansicht> (zuletzt abgerufen am 21.06.2021).

München“ zu nennen, die online – und insbesondere im Vergleich zur Printausgabe – eine starke und überregionale Verbreitung verzeichnet und es der linksextremistischen Szene damit ermöglicht, sich über Staats- und Ländergrenzen hinweg zu vernetzen und zu koordinieren.

Im „Zündlumpen“ werden regelmäßig Texte ausländischer anarchistischer Gruppen zu eigenen Beiträgen umformuliert, über Sachverhalte im Ausland berichtet und auch zu internationalen Kampagnen und Anschlägen aufgerufen. So wurde in Ausgabe 083 (2021) beispielsweise der Prozess gegen einen französischen Anarchisten thematisiert und zu Solidaritätsanschlägen aufgefordert. Im internationalen Kontext wird der „Zündlumpen“ regelmäßig über ausländische anarchistische Gruppierungen, beispielsweise EMRAWI (linksextremistische Plattform in Österreich), beworben. Auf der Webseite des „Zündlumpen“ wiederum finden sich Links zu befreundeten Initiativen auf internationaler Ebene; vor allem im Rahmen der Pandemie wird vermehrt auf Veröffentlichungen und Debatten aus anderen Staaten verwiesen.

Im Islamismus ist neben einer starken Zunahme von live gestreamten Online-Predigten auch eine Ausweitung von Online-Spendenkampagnen festzustellen, die über das Internet direkt aus syrischen Jihad-Kampfgebieten gesendet und auch in Deutschland und Bayern rezipiert werden. In den zugehörigen Ansprachen rufen die Protagonisten mehrheitlich zu Geldspenden via Kryptowährung für (vermeintliche) humanitäre Hilfe auf. Im deutschsprachigen Raum wird in den letzten Jahren verstärkt zur Unterstützung von Frauen in syrisch-kurdischen Flüchtlings- bzw. Internierungslagern aufgerufen. Exemplarisch ist das IS-nahe Online-Projekt „Justice for Sisters“ zu nennen, das erstmals 2019 auffällig wurde, als auf dem Messenger-Dienst Telegram ein Video von vier verschleierten Frauen veröffentlicht wurde, die auf Arabisch (mit deutschen Untertiteln) um ihre Befreiung aus dem Internierungslager „al-Haul“ baten und entsprechende Schilder in Händen hielten. Das Video wurde damals von zahlreichen deutschsprachigen IS-Anhängern geteilt und dabei um Spenden für Lebensmittel und Hygieneartikel zur Besserung der humanitären Situation im Camp „al-Haul“ gebeten. Überdies baten sie um weitere 7.500 US-Dollar für den Freikauf einer Glaubensschwester. Zur Akqui-

IS-nahe Online-Spendenkampagne



Propagandabild des IS-nahen Online-Projekts „Justice for Sisters“ (deutsch: Gerechtigkeit für Schwestern)

rierung von Spenden wurden – losgelöst von lokalen Bankinstituten – mehrere virtuelle Kampagnen mit teils unverfänglichen Namen, wie beispielsweise „Sportveranstaltung II“, über einen Online-Finanzdienstleister erstellt und veröffentlicht.

Auch bei rechtsextremistischen und sicherheitsgefährdenden Bestrebungen ist immer häufiger festzustellen, dass die Verbreitung von Online-Inhalten mit Online-Spendenaufrufen verknüpft wird. Neben klassischen Bankkonten spielen dabei verstärkt Transaktionen, die über Online-Finanzdienstleister abgewickelt werden, eine wichtige Rolle. Um im Falle von Kontokündigungen auf Ausweichmöglichkeiten bei der Abwicklung von Spenden zurückgreifen zu können, werden häufig auch mehrere (digitale) Zahlungsmöglichkeiten angegeben.

Die Relevanz solcher Spenden wird auch anhand eines Telegram-Beitrags des rechtsextremistischen Verschwörungstheoretikers Oliver Janich – der seine Inhalte von seiner derzeitigen Wahlheimat Philippinen aus verbreitet – vom 5. Mai deutlich. Darin spricht dieser von einer „PayPal-Mafia“, die ihm sein Konto gesperrt hätte. Um seine Finanzierung sicherzustellen, bietet Janich für seine Anhänger und Unterstützer mittlerweile ein mehrstufiges Abo-System an, das mit einem monatlichen Beitrag zwischen 4,99 Euro und 19,90 Euro zu erwerben ist. Dafür verspricht er Zugang zu einem „Premium-Kanal“ mit exklusiven Inhalten.

Der rechtsextremistische Internetaktivist Stefan Bauer bittet auf Telegram, auf seiner Webseite und als Einblendung in von ihm erstellten Videos ebenfalls um finanzielle Unterstützung für „Investitionen in Technik und Infrastruktur“. Unterstützer können Bauer sowohl per Online-Dienstleister als auch per Banküberweisung Geld zukommen lassen.

Über einen verstärkten Online-Aktivismus können somit nicht nur regionale Begrenzungen aufgehoben bzw. regionale Einflussbereiche ausgeweitet, sondern auch lokale Abhängigkeiten, beispielsweise von Banken, Veranstaltungsräumen und Druckereien, aufgelöst und in den virtuellen Raum verlagert werden.

Der digitale Raum ermöglicht es zudem ausländischen Nachrichtendiensten, gezielt Desinformationskampagnen in Deutschland durchzuführen. Neben möglichen Cyberattacken und Phishingangriffen sind hier vor allem Einflussversuche anzuführen, die über ausländische Medienanstalten einschließlich deren Internetpräsenz und Social-Media-Kanäle gestreut werden. Im Zentrum stehen hierbei meist staatsnahe Akteure aus China, Russland und der Türkei, die gezielt mediale und mehrsprachige Desinformationskampagnen über Staatsgrenzen hinweg durchführen, um damit Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung und den öffentlichen

Diskurs, beispielsweise im Vorfeld der Bundestagswahl im September 2021, zu nehmen. Die oftmals verschwörungstheoretischen Inhalte werden in den sozialen Medien wiederum von privaten Nutzern aufgegriffen und über private Kanäle und Accounts mehrfach weiterverbreitet, was die Reichweite dieser Desinformationskampagnen nur schwer messbar macht.

2. Ausweitung der Zuhörerschaft

Der Verbreitung extremistischer Ideologien und der Werbung neuer Zuhörer bzw. Anhänger sind im analogen Raum und im realweltlichen Auftreten mehrere Grenzen gesetzt. So ist das proaktive Werben um Anhänger und Sympathisanten mit hohem Zeit- und Personalaufwand verbunden. Die regionale Begrenzung erschwert die Vergrößerung der Reichweite ebenso. Im virtuellen Raum hingegen können deutlich mehr und vor allem auch solche Personen erreicht werden, die im analogen Raum aus unterschiedlichen Gründen unerreichbar blieben.

Mittels Algorithmen und geschickter Verschlagwortung (z. B. durch Hash-tags) können extremistische Inhalte sowohl sehr breit auf Mainstreamplattformen gestreut, als auch im weiteren Verlauf gezielt zielgruppenorientiert und zielgruppengerecht über alternative Social-Media-Plattformen verbreitet werden. So werden letztlich auch Personengruppen angesprochen, die über analoge Verbreitungswege (z. B. Flyer-Verteilaktionen in Fußgängerzonen) nicht erreicht werden können, sei es, weil der Kontakt physisch nicht möglich ist oder weil seitens der Empfänger größere Hemmschwellen gegen eine „persönliche“ Kontaktaufnahme bestehen. Die breite Streuung ihrer Ideologie im virtuellen Raum ermöglicht es extremistischen Akteuren, nicht nur die eigene Klientel zu bedienen, sondern auch Personen anzusprechen und einzubinden, die anderen Phänomenbereichen oder bislang keinem extremistischen Bereich zugehörig waren.

Die Konsumenten der extremistischen Ideologie wiederum können im virtuellen Raum beinahe problemlos auch die Rolle der Aktivisten einnehmen und die vorher konsumierten Inhalte (weitgehend frei) reproduzieren und weiterverbreiten. Damit wird ein Schneeballsystem in Form eines „Wohnzimmer-

Aktivismus“ geschaffen, durch das sich die personelle Reichweite der Ideologie weiter erhöht. Einer niedrigen Zahl an Zuhörern und einem geringen öffentlichen Interesse bei realweltlichen Kundgebungen und Demonstrationen steht demnach eine starke Verbreitung von inhaltsgleichem Material im Internet gegenüber.

Im Rechtsextremismus wird eine Erhöhung des extremistischen Personenpotenzials erreicht, indem über diverse Medien- und Onlinekanäle an ein eher verschwörungstheoretisches und auch nicht-extremistisches Milieu angedockt wird. Grundsätzlich scheint sich die Online-Verbreitung von Verschwörungstheorien dazu zu eignen, rechtsextremistische und auch antisemitische Inhalte zu transportieren und damit unterschiedliche (extremistische und nicht-extremistische) Personengruppen zu erreichen und einzubinden.

Im Salafismus wird zur Erreichung junger Zuhörer neben den gängigen Plattformen Instagram und Facebook mittlerweile auch das sehr jugendaffine und prominente Medium TikTok zur Verbreitung extremistischer Glaubensideale genutzt. Ein Mittel der Wahl stellen dabei verbale Angriffe auf prominente Vertreter eines „anti-salafistischen“ Islamverständnisses dar, deren Reichweite mittels algorithmuszentrierter Verschlagwortung für die Streuung der eigenen salafistischen Inhalte instrumentalisiert wird. Unbedarfte Nutzer sollen damit angesprochen und für die salafistische Ideologie gewonnen werden.

Linksextremisten setzen u. a. auf die mehrheitsfähigen Themen Kapitalismuskritik und soziale Gerechtigkeit, um Sympathien in der Mehrheitsgesellschaft zu generieren und dadurch Personen für die linksextremistische Ideologie zu gewinnen. Die Szene ist sich dabei zwar bewusst, dass man über den virtuellen Raum einen ungleich breiteren Personenkreis ansprechen kann, der auf analogem Wege nicht zu erreichen ist. Gleichzeitig befürchtet sie bei rein virtuellen Kontakten aber immer auch das Agieren von Sicherheitsbehörden. Im Linksextremismus wird daher der virtuelle Raum häufig nur als Möglichkeit eines Erstkontakts genutzt, um sich im weiteren Verlauf auf einen vermehrt analogen und direkten Austausch zu fokussieren.

3. Ausweitung des ideologischen Themenspektrums

In der Weite des virtuellen Raums findet sich die Möglichkeit, vielschichtige Meinungen abzubilden und vielfach wechselnde oder auch anonyme Identitäten anzunehmen. Diese thematische Vielfalt und Ambiguität bei gleichzeitig nur schwer abschätzbarer Transparenz verhindert ebenso oft eine eindeutige ideologische Verortung etwa von bisher weitgehend unbekanntem Internetseiten, Medienportalen oder YouTube-Kanälen. In der Folge können sich Extremisten anschlussfähiger Themen von breiter gesellschaftlicher bzw. gesellschaftsgruppenspezifischer Relevanz und Dringlichkeit bedienen, ohne als extremistische Einzelpersonen oder Akteure erkannt zu werden. Dieses anfängliche oder vordergründige Kaschieren der extremistischen Ideologiefragmente unter Rückgriff auf ein breites Themenspektrum, nicht-extremistische Alltagsthemen und eine harmlose Selbstdarstellung kann für medial unerfahrene Nutzer die Gefahr oder den Ausgangspunkt einer extremistischen Radikalisierung darstellen.

Wie Rechtsextremisten versuchen, aktuelle nicht-extremistische Themen aufzugreifen und für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, zeigt ein exemplarischer Facebook-Beitrag des NPD-Landesverbandes Bayern vom 24. April. Darin nimmt die Partei Bezug auf eine unter dem Hashtag #allesdichtmachen bekannt gewordene Kampagne deutscher Schauspieler, die sich kritisch mit den Corona-Schutzmaßnahmen auseinandersetzt. Indem man sich solidarisch mit den beteiligten Schauspielern zeigt und negative Reaktionen auf diese Initiative als Diffamierung darstellt, wird versucht, sich in selbstverharmlosender Weise als Opfer eines angeblich unfreien Systems zu inszenieren.

Auch linksextremistische Akteure und Gruppierungen versuchen, mit bürgerlichen Themen wie Umweltschutz, Gleichberechtigung, soziale Gerechtigkeit oder Armutsbekämpfung, ideologisch in Bevölkerungskreise hineinzuwirken, die für linksextremistische Themen nicht ansprechbar sind. Für alle gesellschaftlich relevanten Themen besteht daher stets die Gefahr, von Linksextremisten vereinnahmt zu werden – soweit sie mit linksextremistischer Ideologie kompatibel sind. Mit der originär linksextremistischen Losung „system change not climate change“ versuchen Linksextremisten beispielsweise, ihre extremistische und staatsfeindliche Ideologie unter Rückgriff auf das mehrheitsfähige Thema Klimaschutz zu verbreiten und nutzen hierfür auch breitenwirksame Mainstreamplattformen. Häufig werden solche Parolen von nicht-extremistischen Akteuren in Unkenntnis ihres extremistischen Ursprungs übernommen.

Propagandabild der Generation Islam

Zur Rekrutierung und Ideologisierung setzen auch islamistische Akteure auf das Verbergen der extremistischen Zielsetzungen und ein unverfänglich wirkendes Themenspektrum, mit der sich – zumindest in der Theorie – ein Großteil der muslimischen Community identifizieren kann. Oft werden dabei muslimische Opfernarrative und ein vermeintlich antimuslimischer Rassismus der deutschen Mehrheitsgesellschaft instrumentalisiert. Die islamistischen Gruppierungen „Realität Islam“ und „Generation Islam“, die der 2003 verbotenen Organisation „Hizb ut-Tahrir“ (HuT) zugeordnet werden, initiieren in diesem Kontext immer wieder Onlinekampagnen zu den anschlussfähigen Themen Diskriminierung und (muslimische) Identität, über die gezielt junge Muslime angesprochen und radikalisiert werden sollen. Die beiden Gruppierungen bedienen in ihren Kampagnen mittels Memes und Videos ein Narrativ, wonach Muslime Opfer systematischer Diskriminierung und Verfolgung seien. Mittels einer einseitigen und stark verkürzten Darstellung komplexer Sachverhalte werden Muslime pauschal als Opfer US-amerikanischer, israelischer oder deutscher Politik sowie antiislamischer Hetze der deutschen Gesellschaft dargestellt.



Propagandabild der #nichtohneinkopftuch-Kampagne der Generation Islam

Eine der erfolgreichsten Kampagnen wurde im April 2018 im Rahmen einer Diskussion um ein mögliches Kopftuchverbot an Schulen unter dem Hashtag #nichtohneinkopftuch von „Generation Islam“ durchgeführt. Weil das Thema direkt an die Lebensrealität junger Menschen anknüpfen konnte, wurden zum Hashtag weit über 70.000 Postings abgesetzt und damit zeitweise sogar Platz drei der tagesbezogenen Trendliste von Twitter in Deutschland erreicht. Die genuin islamistische Urheberschaft wurde als harmlose Anti-Diskriminierungsmaßnahme getarnt, was letztlich dazu führte, dass sich auch Personen des öffentlichen Lebens an der Verbreitung des Hashtags beteiligten. In der Gesamtschau kann die Aktion als „virtueller Flashmob“ beschrieben werden, wobei die digitale Reichweite das Potenzial eines realweltlichen Flashmobs deutlich überstieg.

Festzuhalten bleibt, dass Extremisten, von besonders radikalen Gruppen abgesehen, zwar seit jeher versuchen, ihre extremistische Ideologie durch ein breites und anschlussfähiges Themenspektrum zu verschleiern, um damit

ihre Reichweite und gesellschaftliche Akzeptanz bzw. Salonfähigkeit zu erhöhen. Im virtuellen Raum wird diese Entwicklung jedoch deutlich verstärkt und beschleunigt, sowohl in der Breitenwirkung als auch in der Visualisierung. Unkritische Nutzer werden von popkulturell inspirierten Memes und professionell produzierten Videos geblendet, die dahinterstehende extremistische Ideologie bleibt auf den ersten Blick verborgen. Das Internet ist somit nicht Auslöser für die Ausweitung des ideologischen Themenspektrums, sondern vielmehr Instrument zur Verstärkung dieser Entwicklung.

Die thematische und ideologische Vielfalt und damit einhergehende Verschleierung im virtuellen Raum kann auch dazu führen, dass sich Einzelpersonen in zunehmender Häufigkeit extremistische Weltbilder aus verschiedenen, in Teilen widersprüchlichen, extremistischen Versatzstücken konstruieren. Seit Beginn der Corona-Pandemie hat sich dieser Prozess beschleunigt und dafür gesorgt, dass beispielsweise vereinzelt Islamisten auf Basis geteilter Kritik an den staatlichen Beschränkungsmaßnahmen auch rechtsextremistische Inhalte konsumieren und umgekehrt. In den Telegram-Gruppen „Muslime gegen Corona Diktatur“ und „Muslime stehen auf“ konnten hierbei phänomenbereichsübergreifende Bezüge zum Rechtsextremismus, zum Islamismus als auch zur sicherheitsgefährdenden Demokratiefeindlichkeit sowie eine Affinität zum Antisemitismus und zu Verschwörungstheorien festgestellt werden.

Das Auffächern des Themenspektrums im virtuellen Raum ungeachtet der ideologischen Grenzen kann vor allem im Themenfeld Antisemitismus beobachtet werden und manifestiert sich beispielsweise in offenem Hass gegenüber jüdischen Einzelpersonen auf diversen Social-Media-Plattformen, aber auch in Kollektivschuldzuweisungen in unzähligen Kommentarspalten (oft verpackt als vermeintliche Israelkritik). Zwar sind antisemitische und antijüdische Einstellungen und Feindbilder vorrangig im Rechtsextremismus zu verorten, dennoch finden sich antisemitische Argumentationsmuster, Verschwörungstheorien und Stereotype phänomenbereichsübergreifend auch im Islamismus, Ausländerextremismus und Linksextremismus wieder und

stellen damit gewissermaßen den kleinsten gemeinsamen Nenner zwischen grundsätzlich gegensätzlichen Phänomenbereichen dar. Extremisten unterschiedlichster Couleur verbreiten über ideologische Grenzen hinweg die Vorstellung einer jüdischen Weltverschwörung und Finanzelite, werfen jüdischen Menschen Raffgier und Hinterlistigkeit vor oder solidarisieren sich in antijüdischem Israelhass. Abgesehen von abweichenden Sprachcodes bildet der Antisemitismus ein Konsens auf niedrigstem Niveau; das Judentum stellt ein gemeinsames Feindbild dar.

Im „Online-Antisemitismus“ zeigt sich jedoch kein kooperatives Verhältnis zwischen den Phänomenbereichen. Vielmehr werden identische Inhalte, teilweise in szenetypischer Anpassung, sowohl in rechtsextremistischen als auch in islamistischen und türkisch-rechtsextremistischen Gruppen, aber jeweils nur innerhalb des eigenen Echoraums geteilt. „Mein Kampf“ und die fiktiven „Protokolle der Weisen von Zion“ werden nicht nur von Rechtsextremisten, sondern auch von Islamisten konsumiert und online in mehreren Sprachen zum Download angeboten. Beliebte Motive sind überdies die Gleichsetzung des Holocausts mit dem Vorgehen des israelischen Staates gegen die Palästinenser, die Leugnung bzw. Relativierung des Holocausts und die Vorstellung einer vermeintlichen jüdischen Weltverschwörung. Die originären Urheber dieser Inhalte sind dabei oftmals nicht (mehr) auszumachen, da die antisemitischen Karikaturen, Memes und Videos von den jeweiligen Szeneangehörigen in visuellen Details leicht abgeändert und anschließend unzählige Male kopiert und weiterverbreitet werden – die zugrundeliegende antisemitische Grundeinstellung bleibt dabei erhalten.

Prominentes Beispiel für einen solchen phänomenbereichsübergreifenden Online-Inhalt ist das Meme „The Happy Merchant“ (deutsch: „Der glückliche Händler“). Dieses beinhaltet die stereotyp-diffamierende Darstellung eines jüdischen Menschen mit Kippa und langer Nase, der hinterhältig lächelt und sich dabei die Hände reibt. Die ursprünglich aus dem rechtsextremistischen Spektrum stammende Darstellung vereint und bedient viele antisemitische

Ressentiments und findet sich seit einigen Jahren in unterschiedlichsten Ausführungen beispielsweise auch im Islamismus wieder.



Varianten des Propaganda-Meme
„The Happy Merchant“ (deutsch:
„Der glückliche Kaufmann“)

Deutlich sichtbar wurde der phänomenbereichsübergreifende Antisemitismus im virtuellen Raum seit dem erneuten Aufflammen des Nahostkonflikts im Mai: In beinahe allen Phänomenbereichen waren ein verstärkter israelbezogener Antisemitismus und sogenannte „Boykottaufrufe“ gegen Israel festzustellen, über die eine prinzipielle Ablehnung des Judentums zum Ausdruck gebracht wurde.

Im Rechtsextremismus wird dieser antisemitische Antizionismus von der rechtsextremistischen Partei „Der Dritte Weg“ („III. Weg“) schon seit Längerem propagiert und in einem Beitrag auf der Partei-Webseite vom 15. Mai, in dem von einem „zionistischen Völkermord“ und einem „widernatürliche[n] Raubstaat-Gebilde“ die Rede ist, nochmals bekräftigt. Im Beitrag wird zur Umsetzung eines „Israel-Boykotts“ sogar auf eine „islamische Homepage“ verwiesen, auf der israelische Produkte und Unternehmen aufgelistet sind.

Israel-Boycott: Was jeder gegen den zionistischen Völkermord tun kann



Propaganda-Post zum Boycott israelischer Produkte des III. Weg

Der NPD-Landesverband Bayern veröffentlichte auf Facebook ein ergänzendes Posting mit der Aussage „Israels Siedlungspolitik rechtfertigt Widerstand, aber nicht Konflikte Fremder auf deutschen Straßen“. Damit bezog sich die bayerische NPD sowohl auf die Situation in Israel als auch auf Kundgebungen in Deutschland. Das Posting der bayerischen NPD zeigt den bayerischen NPD-Landesvorsitzenden an der Skulptur des Straubinger Adlers, eine Monumentalskulptur, die den Reichsadler abbildet. Mit diesem Fotomotiv lehnt sich die NPD an den historischen Nationalsozialismus an.

Zuletzt veröffentlichte der NPD-Kreisverband Lichtenfels-Kronach am 14. Mai ein Posting unter dem Motto „Aktueller denn je“: Die Abbildung zeigt ein Transparent mit der Botschaft „Gestern Dresden – heute Gaza. Völkermörder zur Rechenschaft ziehen“ – womit die Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg mit dem Vorgehen Israels gegen die Palästinenser gleichgesetzt wird. In rechtsextremistischen Kreisen wird die Bombardierung Dresdens auch als „Bomben-Holocaust“ bezeichnet – mit dem Ziel, die nationalsozialistischen Verbrechen an den Juden zu verharmlosen.

14.05.2021

Aktueller denn je...



Propagandabild der NPD

Auch der islamistische Antisemitismus orientiert sich unter anderem an antisemitischen Narrativen aus dem europäischen und amerikanischen Nationalismus des 19. und 20. Jahrhunderts und des Nationalsozialismus. Seit der Staatsgründung Israels vermengen sich diese klassisch-antisemitischen Mythen überdies mit einem zusätzlich israelbezogenen Antisemitismus und der Idee einer jüdischen bzw. antiislamischen Weltverschwörung. Gruppierungen, die dem islamistischen al-Qaida-Netzwerk angehören, haben während der jüngsten Eskalation des Nahostkonflikts im Mai die Muslime im Allgemeinen und ihre Anhänger im Besonderen zu Angriffen auf israelische und jüdische Ziele sowie im Zuge von Einzeltäteranschlägen zur Tötung von Juden, Israelis und US-Amerikanern weltweit aufgerufen. Die Gruppierungen „*Hamas*“ und „*Bewegung des Islamischen Jihad in Palästina*“ stellen den bewaffneten Konflikt mit Israel und den dort lebenden Juden seit jeher ins Zentrum ihrer Propaganda.

Anhänger islamistischer Gruppierungen in Deutschland verfolgen den Konflikt sowie die Presseberichterstattung mit großer Aufmerksamkeit und verbreiten israelfeindliche und zum Teil antisemitische Inhalte in sozialen Netzwerken, die auch zynische Vergleiche zum Holocaust und Nationalsozialismus beinhalten.



Israelfeindliche Propagandabilder

Im Ausländerextremismus finden sich vor allem im türkischen Rechtsextremismus der Ülkücü-Bewegung starke antisemitische Bezüge, die bereits von den ideologischen Gründungsfiguren im 20. Jahrhundert implementiert wurden. Überdies beziehen vor allem jugendliche Ülkücü-Anhänger aus dem vereinsungebundenen

Spektrum in sozialen Netzwerken häufig auch Stellung zu israelkritischen Themen und bedienen sich in ihrer Propaganda typischer Motive der islamistischen Israel- und Judenfeindlichkeit. Bei Pro-Palästina-Demonstrationen, die im Rahmen des Wiederaufflammens des Nahostkonflikts im Mai in Deutschland stattfanden, waren hiernach zahlreiche türkische Fahnen und sogenannte „Wolfsgrüße“ zu sehen. Dabei zeigte sich die verbindende und prinzipielle Ablehnung Israels durch Palästinenser und Türken bzw. türkischstämmige Personen gleichermaßen.

Die linksextremistische Szene zeigt eine ambivalente Haltung zur jüngsten Entwicklung im Nahostkonflikt: Zum einen solidarisieren sich antifaschistisch orientierte Organisationen mit Israel und positionieren sich deutlich gegen antisemitische Angriffe in Deutschland – ungeachtet grundsätzlicher Kritik an der israelischen Siedlungspolitik und dem Vorgehen der israelischen Armee. Zum anderen lehnen kommunistisch bzw. antiimperialistisch ausgerichtete autonome Gruppierungen sowie anarchistische Strömungen die Nahost-Politik Israels und der USA aus Prinzip ab und sehen sich demzufolge der palästinensischen Freiheitsbewegung verbunden. Diese gegensätzlichen Positionen führten während des neu aufgeflamnten Nahostkonflikts zu einer Pattsituation, in der sich die autonome Szene mit Aktionen zurückhielt, um nicht mit aus ihrer Sicht inakzeptablen Akteuren gleichgesetzt zu werden. Insofern haben nur einzelne Aktionen stattgefunden, bei denen ein sofortiges Ende der Kriegshandlungen gefordert wurde.

Zuletzt ist zu beobachten, dass auch in gesellschaftlich nicht akzeptierten weltanschaulichen Nischenbereichen ohne politischen Extremismusbezug im digitalen Raum teilweise extremistische Bezüge feststellbar sind.

So können beispielsweise rechtsextremistische Versatzstücke in der Subkultur „Incel“ festgestellt werden. Der englische Begriff „Incel“ (Kofferwort aus „involuntary“ und „celibacy“, deutsch: „unfreiwilliges Zölibat“) ist die Selbstbezeichnung einer überwiegend aus weißen, heterosexuellen Männern bestehenden Internetsubkultur, deren Anhänger („Incels“) nach eigenen Angaben unter einer systemseitig aufgezwungenen sexuellen Enthaltbarkeit leiden. Für diesen Umstand machen „Incels“ vor allem Frauen, aber auch Politik und Gesellschaft verantwortlich. Die Szene ist geprägt durch Hass auf Frauen (die abwertend als „Femoids“ bezeichnet werden), Gewaltphantasien gegenüber Frauen, Selbstmitleid sowie sexistische und rassistische Einstellungen.

Diese Prägungen machen „Incels“ empfänglich für rechtsextremistische Ideologien – insbesondere solche, die Gewalt als Mittel zur Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse propagieren. Für Teile der Subkultur hat die rechtsextremistische Verschwörungstheorie des Bevölkerungsaustausches eine gesteigerte Relevanz, denn aus ihrer Sicht liegt in der Migration gutaussehender Männer die Ursache dafür, selbst keine Frau zu finden. Besonderes Feindbild sind daher attraktive interethnische Paare, vor allem dann, wenn die Frau der „eigenen“ Kategorie (in der Regel „weiß“) zugeordnet wird. Grundsätzlich kategorisieren die Anhänger der Szene alle Menschen gemäß äußerlichen Merkmalen auf einer Skala von eins bis zehn; jeder „Skalstufe“ werden dabei spezifische Aussehens- und Charaktermerkmale zugewiesen.

Die Ausweitung des ideologischen Themenspektrums, die Instrumentalisierung anschlussfähiger Themen und das Experimentieren mit extremistischen Versatzstücken können letztlich zu einem Verschwimmen der bisherigen Phänomenbereiche und Subbereiche führen. In der Folge wird es im virtuellen Raum zunehmend schwerer, auf den ersten Blick zwischen extremistischen und nicht-extremistischen Inhalten und Akteuren zu unterscheiden. Als Resultat ist ein selbstverstärkender Effekt festzustellen: Wenn extremistische Ideologiefragmente zunehmend schwerer als solche zu erkennen sind, steigt auch die Wahrscheinlichkeit, dass Nutzer diese im virtuellen Raum weiterverbreiten, ohne sich bewusst zu sein, dadurch extremistische Agitation zu unterstützen. Es besteht letztlich die Gefahr, dass sich damit auch die Reichweite und gesellschaftliche Akzeptanz bzw. „Salonfähigkeit“ extremistischer Überzeugungen erhöht.

4. Ausweitung des anonymen Schutzschirms

Das Internet ermöglicht eine weitgehende Anonymisierung der eigenen Identität und des eigenen (verbalen) Handelns. Dies begünstigt häufig den Wegfall eines ethischen Verantwortungsbewusstseins bzw. einer generellen Verantwortungsübernahme. Der „Raum des Sagbaren“ weitet sich unter dem anonymen Schutzschirm und den verschlüsselten Online-Rückzugsräumen

und kann in Form von „Hate Speech“ und „Flaming“ (provokative Beschimpfungen) auch eine strafrechtlich relevante Dynamik entfalten, die in dieser Ausprägung in der Realwelt nicht erreicht wird. In der Anonymität und Intransparenz des Internets fühlen sich Extremisten scheinbar sicher. Extremistische Parolen und Sprachcodes werden in Kommentarspalten unter Pseudonym veröffentlicht, durch ein schnelllebiges Copy-Paste-Verhalten anderer User anonym weiterverbreitet, über verschlüsselte Messenger-Dienste diskutiert und über extremistische Medienportale teilweise sogar salonfähig gemacht.

Bereits 2018 gaben fast 80 % der befragten Personen einer Forsa-Umfrage an, schon einmal Hassrede im Internet gesehen zu haben.³ Wer Urheber des jeweiligen Inhalts ist, lässt sich nur schwer nachzeichnen, Verantwortung wird meist nur innerhalb der eigenen und abgeschotteten Echokammer und Filterblase übernommen.

Eine zentrale, sich fortsetzende Entwicklung in Bezug auf verfassungsfeindliche Agitation im virtuellen Raum im Phänomenbereich Rechtsextremismus ist die Verschiebung von Aktivitäten hin zu sogenannten „alternativen“ Plattformen. Hintergrund ist, dass zahlreiche rechtsextremistische Akteure von großen Social-Media- und Videoplattformen, wie Facebook, Twitter oder YouTube, aufgrund von Verstößen gegen die Nutzungsbedingungen dauerhaft gesperrt und deren Accounts gelöscht wurden. So sperrte Twitter bereits im Sommer 2020 mehrere Konten von Aktivisten und Gliederungen der „Identitären Bewegung“ (IB), darunter auch die Konten der drei bayerischen Gliederungen IB Bayern, IB Franken und IB Schwaben sowie den Account von Martin Sellner, dem zentralen Aktivisten der IB im deutschsprachigen Raum.

Auf der Suche nach neuen und verschlüsselten Verbreitungsräumen für extremistische Agitation im virtuellen Raum hat insbesondere der Messenger-

³ Forsa-Ergebnisbericht zu „Hassrede“, Online-Befragung, Datenbasis: 1.008 Befragte, Erhebungszeitraum: Juni 2018, Auftraggeber: Landesanstalt für Medien NRW.

Dienst Telegram seit Beginn der Corona-Pandemie stark an Bedeutung gewonnen. Über die App können Nutzer private und öffentliche Gruppen suchen und diesen beitreten sowie öffentliche Kanäle anderer Nutzer abonnieren. Telegram-Gruppen können bis zu 200.000 Nutzer und Telegram-Kanäle gar unbeschränkt viele Nutzer haben. Dabei unterliegen die in diesen Gruppen oder Kanälen veröffentlichten Beiträge – im Gegensatz zu vielen Social-Media-Plattformen – nahezu keiner Regulierung oder inhaltlichen Beschränkung. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) gilt derzeit für Telegram als Messenger-Dienst noch nicht.

Gerade der Umstand, dass auf Telegram der Verbreitung verfassungsfeindlicher Agitation im Grunde keine Sperrungen oder Löschungen von Accounts folgen, hat in hohem Maße zur Etablierung des Messengers als zentraler Ausweichplattform für Rechtsextremisten beigetragen. Dies zeigt sich insbesondere an der Strategie der IB, die im Sommer letzten Jahres infolge von Sperrungen auf anderen Plattformen eine Zusammenstellung aller Telegram-Kanäle ihrer Untergruppierungen veröffentlichte, um Sympathisanten und Interessenten den Zugang zur Plattform zu erleichtern. Auch die Einschätzung Sellners, der Telegram als „letzte[n] Hafen für alternative Information“ bezeichnet, der „von Millionen Patrioten zur Information und Vernetzung genutzt“ würde, verdeutlicht die Rolle, die der Plattform von Rechtsextremisten zugeschrieben wird. Dies deckt sich mit der Sichtweise des vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuftes Magazins „Compact“, das Telegram als das „Darknet des kleinen Mannes“ versteht und die App als wichtige Möglichkeit sieht, einer vermeintlichen Zensur auf Mainstreamplattformen entgegenzutreten.

Aufgrund technischer Besonderheiten stellt die Entstehung abgeschotteter Informationsräume, die auf sozialen Medien durch Such- und Empfehlungsalgorithmen in Form von Filterblasen entstehen können, auf Telegram ein besonders virulentes Problem dar. Auf der Plattform werden Nutzern keine Gruppen oder Kanäle zum Beitreten oder Abonnieren empfohlen. Diese müssen stattdessen eigenständig über ein Textfeld gesucht werden. Dies

führt dazu, dass sich neue Kontakte und Gruppenbeitritte in hohem Maße auf Nutzer, Gruppen und Kanäle beschränken, die in den Gruppen und Kanälen, denen man bereits beigetreten ist, beworben werden. Durch die sich daraus ergebende Ausblendung von Gegenpositionen bei gleichzeitiger Reproduktion der eigenen Inhalte besteht in besonderem Maße die Gefahr, dass Nutzer die darin veröffentlichten kruden Thesen und Ideologiefragmente, aber auch gezielt verbreitete rechtsextremistische Propaganda, als akzeptierte und übernahmefähige Ansichten verstehen. Dies wiederum kann Radikalisierungsverläufe in Gang setzen oder verstärken.

In diesem Zusammenhang spielen ebenso Verschwörungstheorien eine wichtige Rolle. Der angebliche Informant „Q“ verbreitete über die gleichnamige Verschwörungstheorie beispielsweise antisemitische Verschwörungsmotive wie die vermeintliche Weltverschwörung einer jüdischstämmigen Finanzelite und die aus dem Mittelalter stammende antijüdisch konnotierte Ritualmordlegende. Wenngleich „Q“ seit Ende letzten Jahres keine Nachrichten mehr veröffentlicht, behält die Verschwörungstheorie durch Interpretationen und wiederholte Weiterverbreitungen, auch über Telegram, nach wie vor ihre virale Relevanz. Auch über andere Verschwörungstheorien verbreiten Rechtsextremisten im virtuellen Raum antisemitische Propaganda.

Der Reichsbürger und Rechtsextremist Wjatscheslaw Seewald (vgl. Kapitel Reichsbürger und Selbstverwalter) propagiert in Online-Seminaren beispielsweise eine Verschwörungstheorie, wonach Juden von einer dunklen Macht im Hintergrund („Schwarzmagier“) gelenkt werden würden, mit dem Ziel der Vernichtung des deutschen Volkes.

In der Protestszenen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen hat sich Telegram zu einer wichtigen Plattform zum inhaltlichen Austausch sowie zur Vernetzung und Koordination realweltlicher Veranstaltungen entwickelt. Rechtsextremisten nutzen Telegram daher auch, um Nutzer aus anschlussfähigen Milieus, beispielsweise über das verbindende Element der Verschwörungstheorien, zu erreichen und für sich zu gewinnen. Zunehmend sind dabei auch verbale Aggressionen und Eskalationen festzustellen, die in Aufrufen zu Handlungen in der Realwelt münden.

Wie weit diese Dynamik fortgeschritten ist, ist an der Einrichtung des bayerischen Sammel-Beobachtungsobjekts „sicherheitsgefährdende demokratiefeindliche Bestrebungen“ abzulesen. Das Sammel-Beobachtungsobjekt erfasst insbesondere Personen, die nachdrücklich und ernsthaft, beispielsweise vor dem Hintergrund der „Q“-Verschwörungstheorie, zu gewalttätigem Widerstand gegen den aus ihrer Sicht illegitimen Staat aufrufen. Derartige Aufrufe, die vor allem online verbreitet werden, dienen einzelnen Aktivisten dabei als Begründung für Blockade- und Sabotageaktionen, zum Sturm auf staatliche Einrichtungen oder gar zum Mord an politischen Entscheidungsträgern. Die Aktivisten sehen den Staat und seine Repräsentanten in der Gesamtschau als Teil eines sogenannten Unrechtsregimes oder einer weltweiten Verschwörung an und wähen sich vor diesem Hintergrund in einer Situation, in der ihnen auch der Einsatz von Gewalt als gerechtfertigtes Mittel erscheint, um gegen diesen Staat vorzugehen.

Auch im Islamismus stellt die Anonymität im Internet eine bedeutende Möglichkeit dar, um extremistisches und gewaltverherrlichendes Propagandamaterial weitgehend ungefiltert verbreiten zu können.

Daher erfreut sich Telegram auch in der islamistischen Szene großer Beliebtheit. Vor allem sogenannte Online-Jihadisten ziehen sich bereits seit mehreren Jahren in anonyme und sichere Internetbereiche zurück und setzen dabei auch auf Verschlüsselungstechniken. Anleitungen zur erfolgreichen Verschlüsselung, Anonymisierung und Smartphone-Sicherheit werden immer wieder über Messenger-Dienste veröffentlicht, beispielsweise ein im Jahr 2019 auf Telegram veröffentlichtes Video der IS-Medienstelle „Media Wolf“, das Tipps zur Verschleierung mittels TOR-Browser gab.



Publikation der IS-nahen Gruppierung „Afaaq/Electronic Horizons Foundation“

IS-nahe Gruppierungen wie „Afaaq/Electronic Horizons Foundation“ verbreiten ebenfalls regelmäßig Publikationen und Leitfäden zur Anonymisierung im Internet. Darüber hinaus wird in der islamistischen Szene weiterhin die grundsätzliche Bedeutung der Internetpropaganda betont und vermeintlich religiös begründet. Ein Beispiel ist der wöchentlich auf Arabisch erscheinende IS-Newsletter „Al Naba“, der in Ausgabe 288 (2021) auf die wichtigsten Vorgehensweisen im Internet und den zentralen Stellenwert der Internetnutzung durch IS-Unterstützer hinweist. Der

IS-Ableger auf dem indischen Subkontinent „Ansar ul Khilafah in Hind“ veröffentlichte Anfang 2021 in seiner regelmäßig auf Englisch erscheinenden Publikation „Voice of Hind“ zudem einen Aufruf an seine „Medien-Krieger“, „die wahre Botschaft“ online zu verbreiten und betonte dabei, dass jeder „Click“ von Allah belohnt würde.

Das Verhältnis der linksextremistischen Szene zum virtuellen Raum ist höchst ambivalent. Zwar werden die Möglichkeiten und Reichweiten des virtuellen Raums ebenfalls grundsätzlich genutzt. Die Szene ist mit Blick auf eine angeblich allgegenwärtige staatliche Überwachung jedoch sehr vorsichtig bei der Nutzung des Internets. Auch verschlüsselten Räumen trauen Linksextremisten häufig nicht. Zudem besteht im Linksextremismus eine ideologisch begründete Abneigung gegenüber zentralen Internetkonzernen, beispielsweise Facebook und Google, da diese durch ihre Monopolstellung, Gewinnorientierung und Nutzerdatensammlung geradezu idealtypisch dem linksextremistischen Feindbild des ausbeuterischen Kapitalismus entsprechen. Im Ergebnis ist ein zurückhaltendes, klandestines und weitgehend anonymes Nutzerverhalten linksextremistischer Akteure festzustellen: Es werden lediglich Sachverhalte, wie etwa Mobilisierungsaufrufe, veröffentlicht, bei denen man davon ausgeht, dass sie den Sicherheitsbehörden ohnehin bekannt sind. Beim Posten von Fotos und Videos, z. B. sogenannte „MobiVideos“ bzw. Mobilisierungsvideos zu Großveranstaltungen, wird darauf geachtet, keine Ansätze für die Identifizierung von Personen zu liefern. Das offene Verbreiten linksextremistischer Inhalte über private Accounts in sozialen Netzwerken findet kaum oder nur sehr begrenzt zur Außendarstellung, Mobilisierung und Rekrutierung statt.

5. Wechselwirkung und Verzahnung der Räume

Einzelnen extremistischen Akteuren gelingt es, sowohl im analogen als auch im virtuellen Raum präsent zu sein und damit beide Räume für die Verbreitung ihrer extremistischen Ideologie zu nutzen.

Dabei ist zunehmend festzustellen, dass realweltliche extremistische Aktivität oftmals nur dann stattfindet, wenn diese auch online abgebildet werden und damit eine verstärkende Wirkung entfalten kann. Soll eine starke Öffentlichkeitswirksamkeit erreicht werden, sind reine Offline-Formate kaum noch feststellbar.

Als Beispiel ist hier der Protagonist der verfassungsschutzrelevanten islamfeindlichen Szene Michael Stürzenberger zu nennen, der als Redner auf öffentlichen Veranstaltungen inner- und außerhalb Bayerns islamfeindliche Thesen verbreitet. Stürzenberger veröffentlicht auf dem Weblog „Politically Incorrect“ (pi-news.net) zahlreiche Artikel und stellt Videomitschnitte seiner Kundgebungen und weiteres Material im Internet zur Verfügung. Es handelt sich häufig um gezielt ausgewählte Videosequenzen, die Situationen zeigen, in denen vor allem muslimische Personen im Rahmen der Veranstaltungen in Konflikt mit Stürzenberger geraten. Dabei zeichnete sich bei Stürzenberger bereits vor der Corona-Pandemie eine Zunahme der virtuellen Präsenz und Reichweite zulasten seiner realweltlichen Aktivitäten ab.

Eine Verzahnung von realweltlichem und virtuellem Aktivismus zeigt sich insbesondere auch beim pensionierten bayerischen Polizeibeamten Karl Hilz, der dem Sammel-Beobachtungsobjekt „sicherheitsgefährdende demokratiefeindliche Bestrebungen“ zugeordnet



Propaganda-Post von Karl Hilz

wird. Mit seinem Aktivismus gegen die Corona-Schutzmaßnahmen versucht er, eine systematische Störung der Funktionsfähigkeit des Staates herbeizuführen. Unter Begehung von Rechtsverstößen ruft er beispielsweise dazu auf, Mitglieder der Regierung vor ein „Kriegsverbrechergericht“ zu stellen. Dabei versucht er insbesondere auf Angehörige der Polizei einzuwirken und deren pflichtmäßige Bereitschaft zum Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung zu untergraben. Zur Verbreitung derartiger Aufrufe nutzt Hilz vor allem Auftritte bei lokalen Kundgebungen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen. Dabei werden die dort gehaltenen Reden gefilmt und zur Erhöhung der Reichweite im Internet, insbesondere über diverse Video-Kanäle, weiterverbreitet. Dadurch findet sich unter anderem auf YouTube eine Vielzahl an Videos, die Reden und Auftritte von Hilz auf Veranstaltungen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen zeigen.

Dabei ist eine Diskrepanz zwischen der teils niedrigen Zahl an Kundgebungsteilnehmern einerseits und einer starken Verbreitung von Inhalten im virtuellen Raum

andererseits festzustellen. So nahmen beispielsweise an einer Kundgebung von Hiltz am Münchener Odeonsplatz am 23. Oktober 2020 lediglich etwa 100 Personen teil, während ein Video der Veranstaltung auf YouTube über 120.000 Aufrufe erzielte.

Hiltz wurde außerdem über mehrere Monate nachdrücklich vom rechtsextremistischen Internetaktivisten Stefan Bauer unterstützt. Bauer war in der Vergangenheit als Kameramann von Michael Stürzenberger aktiv und betrieb einen reichweitenstarken YouTube-Kanal mit über 50.000 Abonnenten. Alleine im Jahr 2020 wurde dort eine dreistellige Zahl an Videos hochgeladen, die teilweise mehrere hunderttausend Aufrufe verzeichneten.

Seit der Löschung des Kanals durch YouTube verbreitet Bauer seine Videos und Beiträge insbesondere auf seiner Webseite, dem Streaming-Portal Dlive und dem Messenger-Dienst Telegram. Im Zuge einer vermeintlich journalistischen Berichterstattung, insbesondere über Veranstaltungen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen, veröffentlicht er Live-Streams von realweltlichen Demonstrationen, aber auch rein virtuelle Formate, wie Diskussionsrunden und Video-Interviews. Dabei bietet er auch Rechtsextremisten, beispielsweise dem als „Volkslehrer“ bekannten Nikolai Nerling, im virtuellen Raum eine Plattform und verbreitet so verfassungsfeindliche Inhalte, wie die Idee der Ablösung der Demokratie in Deutschland durch ein Militärregime oder die positive Darstellung Adolf Hitlers.

Bauer verhalf auch Hiltz zu einer noch größeren Reichweite im virtuellen Raum. So erschien am 14. April auf der Webseite von Bauer die erste Folge eines zunächst längerfristig angelegten, gemeinsamen Podcast mit dem Titel „Standpunkte von Karl Hiltz“, den Bauer auch auf seinem Telegram-Kanal bewarb. Im Podcast diffamiert Hiltz die Bundesregierung und die Landesregierungen in verschwörungstheoretischer Agitationsweise als Teil einer Diktatur und stellt sie als Massenmörder dar. Er unterstellt den Regierungsverantwortlichen, aktiv an einer Reduzierung der Weltbevölkerung mitzuwirken, einen Bürgerkrieg herbeiführen zu wollen und sich an einem von „geheimen Eliten“ geplanten Genozid zu beteiligen.

Im Vorfeld der geplanten, jedoch schlussendlich verbotenen Pfingstdemonstrationen der Querdenkerszene in Berlin kam es zu einem Zerwürfnis zwischen Bauer und Hiltz. Sowohl Hiltz als auch Bauer äußerten sich öffentlich zur Beendigung der Zusammenarbeit. Hiltz gab als Gründe für den Streit Bauers Auswahl rechtsextremistischer Interviewpartner, dessen Gewaltbereitschaft und sein Provozieren von Eskalationen auf Veranstaltungen an. Bauer hingegen warf Hiltz vor, einen gewalt-

samen Putsch geplant zu haben und mit internen Informationen indiskret umgegangen zu sein. Bei einem Klärungsgespräch auf Dlive blieben die Fronten zwischen Bauer und Hilz zunächst verhärtet. Mittlerweile fand wieder eine Annäherung statt.

Im islamistischen Spektrum findet sich die Zusammenführung realweltlicher Aktivitäten mit dem virtuellen Raum insbesondere beim „al-Quds-Tag“ („Jerusalemtag“), in dessen Rahmen seit 1979 jährlich am Ende des islamischen Fastenmonats Ramadan zur „Befreiung“ Jerusalems aufgerufen wird. Pandemiebedingt findet die Veranstaltung seit zwei Jahren sowohl digital als auch in kleinerem Maßstab auf der Straße statt. Wie bereits im Jahr 2020 wurde der normalerweise in Berlin stattfindende „al-Quds-Tag“ aufgrund der geltenden Corona-Beschränkungen auch in diesem Jahr abgesagt und stattdessen als fast zweistündiger, moderierter Livestream mit Live-Beiträgen u. a. aus Berlin, Bremen, Hannover und Nordrhein-Westfalen abgehalten. Während 2019 bei der letzten realweltlichen Veranstaltung in Berlin circa 1.200 Teilnehmer anwesend waren, wurde die diesjährige Live-Übertragung unter dem Motto „Live Quds-Tag 2021 – Freiheit für Palästina!“ auf YouTube rund 3.400 Mal abgerufen. Somit wurde online zwar ein nahezu drei Mal so großes Publikum erreicht, allerdings blieb eine größere mediale Berichterstattung zum „al-Quds-Tag“ weitgehend aus und auch die ansonsten üblichen Gegendemonstrationen fanden nicht statt. Letztlich dürfte das Ereignis trotz hoher Klickzahlen einer breiteren Öffentlichkeit entgangen sein.



Propagandabild zum „al-Quds-Tag“

Insgesamt sind in den unterschiedlichen Phänomenbereichen eine Verzahnung und daraus resultierend ein Bündeln der Stärken bzw. Vorteile des analogen und des virtuellen Raums festzustellen: Zum einen besteht in der Realwelt die Möglichkeit der emotionalen Ansprache im Rahmen von Demonstrationen und der expressiven Visualisierung und Inszenierung eines Sachverhalts. So setzte Stefan Bauer bei einem vor Ort und ohne Publikum stattfindenden Besuch der KZ-Gedenkstätte im österreichischen Mauthausen in einer die Verbrechen des Nationalsozialismus verharmlosenden Weise Corona-Impfstoffe mit dem vom NS-Regime zum planmäßigen Massenmord in Gaskammern eingesetzten Toxin Zyklon B gleich.

Zum anderen erlaubt das Internet die Ausweitung der Reichweite und Zuhörerschaft, die auch nach Beendigung eines realweltlichen Ereignisses fortbesteht und nachwirkt. Bauer veröffentlichte seinen zynischen NS-Vergleich per Video im Internet und erreichte damit ein deutlich größeres Publikum und eine stärkere Resonanz, als es vor Ort möglich war oder auch gewesen wäre. Letztlich scheint in der Verquickung von analogem und virtuellem Wirken das Maximum an Reichweite, Mobilisierung und Sichtbarkeit erreichbar zu sein.

Bildnachweis

Alle verwendeten Bilder / Abbildungen BayLfV



Fallbeispiel:

Der rechtsextremistische Verschwörungstheoretiker Oliver Janich

Eine Person, anhand derer sich gleichsam die Auflösung regionaler Beschränkungen (Punkt 1), die Ausweitung der Zuhörerschaft (Punkt 2), die Einbindung anschlussfähiger Themen in Form von Verschwörungstheorien (Punkt 3) und auch die Nutzung weitgehend anonymisierter bzw. verschlüsselter Kommunikationsmittel (Punkt 4) besonders deutlich zeigt, ist Oliver Janich. Der rechtsextremistische Verschwörungstheoretiker verbreitet von den Philippinen aus über das Internet verfassungsfeindliche Agitation im deutschsprachigen Raum und spricht dabei auch – aber bei weitem nicht nur – Extremisten an, die sich an gegen die coronabedingten Beschränkungsmaßnahmen gerichteten Versammlungen beteiligen.

Janich beschränkt sich dabei vollständig auf den virtuellen Handlungsraum. Auch bei einem Auftritt auf einer sogenannten Anti-Corona-Demonstration im August 2020 in Berlin beteiligte er sich lediglich in Form einer live über das Internet auf eine Leinwand projizierten und per Lautsprecher übertragenen Rede. Bis zur Löschung seines Kanals Ende Oktober 2020 hatte Janich auf YouTube rund 150.000 Abonnenten. Seitdem konzentrieren sich seine Aktivitäten stark auf den Messenger-Dienst Telegram. Im Zuge der Corona-Pandemie konnte er seine Reichweite dort deutlich erhöhen. Mittlerweile folgen ihm auf seinem öffentlich einsehbaren Hauptkanal etwa 162.000 Nutzer (Stand: 22.06.2021), die er täglich mit einer Vielzahl an Nachrichten versorgt. Im Durchschnitt postet Janich deutlich über 500 Beiträge pro Woche.

Neben fremden- und islamfeindlichen Beiträgen, in denen Flüchtlingen und Migranten pauschal Negativeigenschaften wie kulturelle Rückständigkeit und eine erhöhte Neigung zu Gewalt- und Sexualverbrechen unterstellt wird, befassen sich viele Beiträge Janichs ebenfalls mit der Verschwörungstheorie „QAnon“. Seit Beginn der Corona-Krise wurden auf seinem

Kanal bereits mehrere hundert Beiträge zu diesem Thema veröffentlicht oder weitergeleitet. Wenngleich Janich selbst vermehrt Zweifel an der Verschwörungstheorie äußert, ist er vor diesem Hintergrund dennoch weiterhin der bekannteste und reichweitenstärkste Verbreiter von „Q“ im deutschsprachigen Raum. Dabei verbreitet Janich auch antisemitische Codes und Chiffren. So erläutert er in vielen seiner Videos den angeblichen Plan sogenannter jüdischstämmiger „Eliten“ wie George Soros und der Familie Rothschild, westliche Demokratien zu destabilisieren, Unruhen zu stiften sowie die europäische Bevölkerung zu versklaven und die zivile Gesellschaft zu zerstören.

Auf diese Weise zeichnet Janich das Bild einer jüdischen Weltverschwörung. Juden werden dabei dämonisiert und kriminalisiert. Seine diskriminierenden und diffamierenden Behauptungen über Juden sind mit der in Artikel 1 des Grundgesetzes verbürgten Menschenwürde nicht vereinbar. Janich ruft zudem auch zu schweren Straftaten auf. Über soziale Medien und im Zusammenhang mit der Vereidigung des US-amerikanischen Präsidenten Joe Biden forderte er beispielsweise, George Soros zu erhängen.

Ergänzend zum verschwörungstheoretischen Milieu ist Janich ebenso in der rechtsextremistischen Szene gut vernetzt. Er tritt im virtuellen Raum immer wieder zusammen mit Rechtsextremisten an die Öffentlichkeit. Damit nutzt er einerseits deren mediale Bühnen und versucht so eine bereits rechtsextremistisch vorgeprägte Klientel zu erreichen. Andererseits bietet er wiederum Rechtsextremisten die Möglichkeit, seine insbesondere dem verschwörungstheoretischen Milieu zuzurechnenden Follower zu erreichen. Dies zeigt sich auch an den von Janich von anderen Kanälen und Gruppen auf seinen eigenen Telegram-Kanal weitergeleiteten Beiträgen. Mehr als die Hälfte der seit Beginn der Corona-Krise dort veröffentlichten Beiträge stammt ursprünglich von anderen Nutzern. Dabei leitete Janich auch Beiträge von anderen Rechtsextremisten sowie mehrere hundert Beiträge des Magazins „Compact“ weiter.

Am Beispiel Oliver Janichs zeigt sich deutlich, dass das Generieren einer überregionalen Reichweite und die Bindung einer hohen Zahl an Abonnenten nicht zwingend an eine realweltliche Sichtbarkeit gebunden sein muss:

Mittels Live-Stream tritt er auf Demonstrationen in Deutschland auf, über Telegram erreicht er mit seinen extremistischen Inhalten tausende Menschen, er ist reichweitenstärkster Verbreiter der „Q“-Verschwörungstheorie im deutschsprachigen Raum und finanziert seinen Aktivismus über Online-Kampagnen – und all das, ohne überhaupt in Deutschland zu leben, allein über seine virtuelle Präsenz.



Rechtsextremismus

1. Verschwörungstheorie „Great Reset“

Der „Great Reset“ (deutsch: „Der große Neustart“ oder „Der große Umbruch“) ist eine Initiative des Weltwirtschaftsforums aus dem Jahr 2020, welche die Herausforderungen der Corona-Pandemie als potenziellen Impulsgeber für eine nachhaltigere Neugestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft und den Abbau globaler Ungleichheit betrachtet. Insbesondere in der Protestszene gegen die Corona-Schutzmaßnahmen werden unter Bezugnahme auf diese Initiative derzeit unterschiedliche Versionen einer Verschwörungstheorie verbreitet, welche die Corona-Pandemie als Teil eines groß angelegten Plans zur Zerstörung traditioneller gesellschaftlicher Strukturen und der Wirtschaft begreift, mit dem vermeintlichen Ziel eine sogenannte „Weltregierung“ zu errichten.

Die im Zuge der Verschwörungstheorie „Great Reset“ verbreitete Darstellung der Initiative als „globalistisches“ Projekt bietet auch zahlreiche Anknüpfungspunkte für Rechtsextremisten sowie Reichsbürger und Selbstverwalter. So inszeniert sich beispielweise das NPD-Magazin „Deutsche Stimme“ in einem auf Telegram von der NPD Bayern weitergeleiteten Beitrag vom 8. Februar im Rekurs auf den „Great Reset“ als „Gegner“ der vermeintlichen „Globalisierungsfanatiker“. Die Februar-Ausgabe der „Deutschen Stimme“ titelte „Großes Erwachen oder ‚Great Reset‘? Menschlichkeit und Völkervielfalt gegen Globalismus“. Das Compact-Magazin, das vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz als Beobachtungsobjekt im Phänomenbereich Rechtsextremismus bearbeitet wird, machte den „Great Reset“ in seiner April-Ausgabe ebenfalls zum Titelthema. Ähnliche Anknüpfungspunkte existieren auch in der Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter. So werden beispielsweise



Cover der Zeitschrift Deutsche Stimme

auf der Webseite staatenlos.info unterschiedliche Versionen des „Great Reset“ skizziert.

Die Verschwörungstheorie „Great Reset“ wird von Rechtsextremisten jedoch nicht nur aufgegriffen und weiterverbreitet, sondern auch mit verfassungsfeindlicher Agitation aufgeladen. So konnten Beiträge zum „Great Reset“ festgestellt werden, in denen auf antisemitisch-verschwörungstheoretische Deutungsmuster abgestellt wird. Überdies ist zu beobachten, dass die Verbreitung verfassungsfeindlicher Agitation von Rechtsextremisten auch mithilfe einer Integration des Ideologems des „Großen Austauschs“ in die Verschwörungstheorie des „Great Reset“ erfolgt. So unterstellt beispielsweise die Initiative „Great Reset Stoppen“, dass im Zuge des „Great Reset“ ein Bevölkerungsaustausch angestrebt werde. In der Konsequenz fordert die Initiative eine „Remigration“ von Einwanderern in ihre Heimatstaaten. Auf diese Weise sollen die Bedingungen für die Wiedererlangung der Selbstbestimmtheit der Völker hergestellt werden. Die Inhalte der Initiative werden auf Telegram auch von der rechtsextremistischen Identitären Bewegung (IB) weiterverbreitet.

Verschwörungstheoretische Interpretationen im Kontext des „Great Reset“ bieten einen gemeinsamen Bezugspunkt von Akteuren mit sich ansonsten deutlich unterscheidenden Positionen. Daher besteht die Gefahr, dass eine verschwörungstheoretisch geprägte Adaptation des „Great Reset“ durch nicht-extremistische Personen und Gruppierungen aus der Corona-Protestszenen auf der einen Seite und Rechtsextremisten, Reichsbürgern und Selbstverwaltern auf der anderen Seite weitere thematische Überschneidungen erzeugt. Diese Entwicklung könnte dazu beitragen, dass Berührungspunkte gegenüber extremistischen Akteuren innerhalb der Corona-Protestszenen abgebaut werden. Darüber hinaus kann eine zunehmende rechtsextremistische Aufladung der Verschwörungstheorie „Great Reset“ dazu führen, dass die dabei verbreitete verfassungsfeindliche Agitation weiter in diese Szene hineingetragen und – teilweise unbemerkt – übernommen wird.

Die Verschwörungstheorie „Great Reset“ bringt u. a. die Ablehnung demokratisch gewählter politischer Entscheidungsträger und staatlicher Institutionen zum Ausdruck, die auch in Hass und Gewaltfantasien umschlagen kann. Dabei besteht die Gefahr, dass der Glaube an eine solche Verschwörungstheorie von Einzelpersonen oder Gruppierungen als Legitimationsgrundlage für gewaltsamen Widerstand herangezogen werden könnte.

2. Reaktionen der rechtsextremistischen Szene in Bayern auf bundesweite Anschlagsserie gegen rechtsextremistische Objekte und Aktivisten

Am 11. März gab der in Sachsen wohnende Bundesvorsitzende der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationalisten“ (JN) bekannt, in seiner Wohnung von mehreren Tätern überfallen und verletzt worden zu sein. Er ging dabei von einer linksextremistischen Motivation der Täter aus. Nach der Tat appellierte der JN-Bundesvorsitzende an „Patrioten“ und „Nationalisten“, sich nicht länger voneinander zu distanzieren. Jeder könne Opfer dieser neuen Brutalität werden, „[d]a hilft nur partei-, lager- und organisationsübergreifende Solidarität“. Dabei nahm er auch konkret auf die Parteien AfD und NPD sowie die Querdenker-Bewegung Bezug. Die JN inszenierte sich in der Folgezeit auf Twitter als „wehrhaft“ und zeigte Bilder eines Kampfsporttrainings.

Die Identitäre Bewegung Schwaben verbreitete am 11. März einen Beitrag des Vereins „Ein Prozent e. V.“ Mit Blick auf die mutmaßlich linksextremistisch motivierten Angriffe warnt der Beitrag, „Distanzierungen [von der NPD-Jugendorganisation] schützen nicht vor der Gewalt dieser Subjekte“, denn Gewalt könne auch Querdenker, AfD-Abgeordnete oder konservative Lebensschützer treffen.

Ferner fordert „Ein Prozent e. V.“ in dem Beitrag auch partei- bzw. gruppenübergreifende Solidariät:

„Wer jetzt überlegt, ob er diese Meldung tatsächlich teilen kann, teilen darf, weil das Opfer einer Jugendorganisation vorsteht, die mit der NPD verbunden ist, dem sei gesagt: Distanzierungen schützen nicht vor der Gewalt dieser Subjekte. Heute trifft es einen „Jungen Nationalisten“, morgen vielleicht schon „Querdenker“, AfD-Abgeordnete oder konservative Lebensschützer. Der totalitäre Antifaschismus kennt nur Feindbilder, keine Nuancen. Dementsprechend muss ihm begegnet werden, bevor es Tote gibt.“

Die Partei „Der Dritte Weg“ („III. Weg“) beklagt mit Blick auf linksextremistische Anschläge die seltenen „Fahndungserfolge“ der Polizei und schrieb zu dem Vorfall am 13. März auf ihrer Parteiwebseite:

„Daher ist Solidarität gefragt, Solidarität heißt in diesem Fall, sich intensiver mit dem möglichen Täterumfeld auseinanderzusetzen und nicht nur eine Kerze anzuzünden. Hier ist nicht in der Opferrolle zu verharren und passiv darauf zu warten, dass es

den Nächsten erwischt, sondern es sind entsprechende Vorkehrungen zu treffen, die einen selber und die gesamte politische Gemeinschaft schützen können und sollen.“

Im Anschluss an die Forderung, „linksextreme Strukturen zu benennen und zu zerschlagen“, verwies der „III. Weg“ auf „regelmäßige Sicherheitsschulungen“ seiner Arbeitsgruppe „Körper & Geist“. Die im Jahr 2018 gegründete



Propagandabild des III. Weg

Arbeitsgruppe soll nach Parteiangaben vor allem der „körperlichen Ertüchtigung“ der Parteimitglieder dienen sowie deren Aktivitäten bündeln und koordinieren. Der Fokus der Arbeitsgruppe liegt deutlich auf dem Kampfsportbereich. Es werden Kampf- und Selbstverteidigungskurse angeboten, die sich zum Teil auch an Kinder und Jugendliche richten.

Im ersten Halbjahr ereigneten sich in einigen ostdeutschen Bundesländern mehrere, mutmaßlich politisch motivierte Sachbeschädigungen an Immobilien. Die betroffenen Immobilien standen im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Personen oder wurden bekanntermaßen wiederholt für rechtsextremistische Zwecke genutzt. Der NPD-Kreisverband Aschaffenburg/Miltenberg teilte am 14. April einen Facebookbeitrag eines stellvertretenden NPD-Bundesparteivorsitzenden mit dem Untertitel:

„An das Bundeskriminalamt, die Landeskriminalämter und das Bundesamt für Verfassungsschutz! Kriegt das Problem in den Griff, sonst lösen wir das Problem!“

Am 19. April warnte der stellvertretende NPD-Bundesparteivorsitzende auf Facebook, jeder Patriot könne das nächste Opfer sein. In diesem Zusammenhang formulierte er auch die Forderung:

„Wenn die Polizei nicht handelt, sollten die nationalen Kräfte, parteiübergreifend einen wirksamen Selbstschutz organisieren.“

Am 23. April brach in einer rechtsextremistischen Zwecken dienenden und überregional bekannten Tagungsstätte in Guthmannshausen (Thüringen) ein Feuer aus. Der Brand in Guthmannshausen markiert aus Sicht der rechtsextremistischen Szene den vorläufigen Höhepunkt einer Serie von Sachbeschädigungen. Einen



Bild dpa zu Brandanschlag in Kloster Veßra

Monat später ereignete sich am 28. Mai ein weiterer Brandanschlag auf ein Gasthaus und rechtsextremistischen Szenetreff in Kloster Veßra (Thüringen).

Ein stellvertretender NPD-Parteivorsitzender appellierte bereits am 26. April in einem Facebookbeitrag an „alle Patrioten“, man müsse langsam begreifen, dass man das „Vaterland“ nur vereint „befreien“ könne.

Das NPD-Parteipräsidium veröffentlichte am 30. April die Ergebnisse einer Sondersitzung unter dem Titel „Heimatschutz muss wehrhaft sein“:

„Festgestellt wurde einmütig, dass die Antifa-Gewalt eine neue Qualität erhalten hat, dass es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis der Antifa-Terror Tote mit sich bringen wird. Eine weitere Erkenntnis ist, dass es jeden treffen kann: ob NPD-Politiker, freier Aktivist, AfD-Landtagsabgeordneter oder ‚Querdenker‘ – es kann jeden treffen, der nicht ins Weltbild der Antifa passt.“

Das NPD-Parteipräsidium betonte, nicht zu Gewalt oder Racheaktionen aufzurufen und schlug stattdessen vor, sich selbst und Immobilien verstärkt zu schützen und die eigene Wehrhaftigkeit zu stärken. Überdies empfahl das Präsidium, sich partei- und organisationsübergreifend mit Sicherheitskooperationen beziehungsweise patriotischen und nationalen Nachbarschaftshilfen zu vernetzen. Dabei verwies das Parteipräsidium auch auf die langjährige „Schutzzonen“-Kampagne der NPD:

„Wenn der Staat nicht willens oder in der Lage ist, uns vor importierter oder linker Gewalt zu schützen, müssen wir dies eben selbst übernehmen! Dieser Grundgedanke muss wieder verstärkt ins Zentrum unserer Arbeit gestellt werden.“

Ein stellvertretender NPD-Parteivorsitzender behauptete am 28. Mai in einem Facebookbeitrag, die Thüringer Polizei sei auf dem linken Auge blind und stellte in den Raum, ob „besser eine Bürgerwehr solche Anschläge abwehren“ solle.

Die NPD-Aktion „Schutzzone“ ist Bestandteil rechtsextremistischer Bürgerwehr- und Patrouille-Aktionen. Rechtsextremisten suggerieren, dass der Staat und seine Sicherheitsorgane nicht mehr in der Lage seien, die Sicherheit der Bürger zu



Propagandabild der NPD

gewährleisten. Sie inszenieren sich dabei als Mahner, Kümmerer und vor allem als vermeintliche Garanten von Schutz und Ordnung im öffentlichen Raum. Die Aktionen der verschiedenen Gruppen zielen in der Gesamtschau darauf ab, das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung negativ zu beeinflussen und den Rechtsstaat wie auch das staatliche Gewaltmonopol generell in Frage zu stellen. Im Vordergrund stehen meist die virtuellen Effekte sowie die damit verbundene Außenwirkung der Aktionen. Diese Aktionen werden medienwirksam inszeniert und anschließend über die sozialen Medienkanäle der jeweiligen Organisationen verbreitet. Nach Möglichkeit soll somit auch in der Berichterstattung klassischer Medien Resonanz erzeugt werden.

Das Ziel einer partei- und organisationsübergreifenden Vernetzung erklärte das NPD-Parteipräsidium bereits am 17. Februar:

„Liebe Kameraden, die Partei muß zu einer Bewegung werden, welche alle Deutschen umfaßt, die noch Deutsche sein wollen! Umgekehrt muß eine Bewegung Partei ergreifen, wenn die politische Lage es erfordert. [...] Wir müssen alle begreifen, daß eine patriotische Bewegung größer und umfassender ist als eine Partei und von nun an mit ganzer Kraft daran arbeiten, den Aufbau einer heimattreuen Bewegung voranzutreiben und neue Bündnispartner dafür anzusprechen. [...] Arbeiten wir künftig gemeinsam daran, eine neue volkstreue Front für Deutschland zu schaffen! Wir arbeiten derzeit an konkreten Schritten, um eine solche nationale Bewegung, in der die NPD ein Teil sein soll und wird, Wirklichkeit werden zu lassen.“

Dies zeigt, dass die NPD die Serie von Sachbeschädigungen nutzt, um ihre Vorstellung einer partei- und organisationsübergreifenden Vernetzung wieder in die Öffentlichkeit zu rücken.

Der NPD-Kreisverband Aschaffenburg/Miltenberg teilte am 25. April einen Facebookbeitrag mit dem Aufruf „*Augen auf und Fäuste hoch - Nationale Räume verteidigen*“.

Der „III. Weg“ griff die Sachbeschädigungen mit der Parole „*Aufstehen gegen linken*



Terror“ in seinen Teilnahmeaufrufen für die am 1. Mai in Leipzig geplante, aber letztlich behördlich untersagte, Parteiveranstaltung „Arbeiterkampftag 2021“ auf.

Internetaufruf des III. Weg zum „Arbeiterkampftag 2021“

Am 28. April schrieb der „III. Weg“ auf seiner Parteiwebseite:

„Besonders die neusten Ereignisse und feigen Anschläge sollten uns nicht in Empörung oder endloses Selbstmitleid verfallen lassen, sondern vielmehr den Kampfgeist wecken, dem man sich als Nationalrevolutionär in diesen Zeiten verschrieben hat.“

Am 30. April lobte der „III. Weg“ auf der Parteiwebseite, dass in einer französischen Stadt, in der „*Linksextremisten zunächst jahrelang ungestört dahinvegetier[t]en*“, Aktivitäten des „nationalen Widerstandes“ schließlich bewirkt hätten, dass ein

„lokale[s] Antifa-Zentrum nach Angriffen von lokalen Nationalisten schließen“ musste. Unter dem Motto „Kampf der Rotfront“ warb der „III. Weg“ zudem für die Teilnahme an einer Veranstaltung am 8. Mai in Siegen (Nordrhein-Westfalen):



Internetaufruf des III. Weg zum „Kampf der Rotfront“

„Legitimiert durch Besatzergnaden zieht der rote Terror eine Schneise der Verwüstung durch die Städte unseres Landes und wendet dabei jedes Mittel an, um nationale Strukturen und Menschen rücksichtslos anzugreifen. [...] Der Staat fasst diese roten Extremisten meist mit Samthandschuhen an, finanziert zum Teil deren

Treffpunkte und Zentren. Militante Antifabanden erledigen dann in Seelenruhe die Drecksarbeit der geistigen Brandstifter in den bundesdeutschen Parlamenten, die nicht selten ihre politische Heimat in rot/rot/grünen Parteien inne haben. [...] Organisiere den nationalen Selbstschutz und kämpfe gemeinsam mit uns für Freiheit und Sicherheit.“

Unter den Rednern und etwa 60 Teilnehmenden befanden sich am 8. Mai auch einzelne Anhänger des „III. Weg“ aus Oberbayern und Mittelfranken.

Aktivisten der Identitären Bewegung Schwaben demonstrierten nach eigenen Angaben am Wochenende des 8. Mai in ganz Schwaben vor nicht näher bezeichneten Gewerkschaftshäusern gegen Linksextremismus.

Im Telegram-Kanal „FSN – The Revolution“ („Frei Sozial National“) eines bayerischen Rechtsextremisten wurde am 23. April auf ein Video eines anderen Telegram-Kanals hingewiesen, welches den Brand o. g. Tagungsstätte in Guthmannshausen thematisiert. In dem verlinkten Telegram-Kanal konnte im Zusammenhang mit dem Vorfall zudem ein Appell an die „Nationale Solidarität“ festgestellt werden, in dem auch ein vermeintliches Bedrohungsszenario skizziert wurde:

„Es ist eine Frage von Tagen bis es, vermutlich, wieder Blutzeugen geben wird. Die von antideutscher Seite auch billigend in Kauf genommen werden. Wer seine Solidarität zum Ausdruck bringen möchte und zugleich in der Lage ist etwas zu Spenden, kann das über die Kontakt- und Kontodaten für Guthmannshausen machen. Natürlich sollten auch die bisherigen Anschlagziele in Mitteldeutschland nicht vergessen werden.“

Mit der Bezeichnung „Blutzeugen“ wurden Personen zu Helden stilisiert, die beim Putschversuch der NSDAP unter Adolf Hitler und Erich Ludendorff am 9. November 1923 in München im bewaffneten Kampf für die nationalsozialistische Bewegung getötet wurden.

In dem Medienformat „FSN – The Revolution“ werden neben Interviews mit Protagonisten aus der rechtsextremistischen Szene in moderierten Beiträgen auch Aktionshinweise, Konzert- und Demonstrationstermine sowie Informationen über aktuelle und politische Ereignisse innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums verbreitet.

Szeneangaben zufolge berieten am 8. Mai in Eisenach (Thüringen) lokale Akteure und „*nationale[...] Gruppen*“ aus ostdeutschen Bundesländern u. a. über eine „*Offensive zur Verhinderung weiterer schwerer Straftaten sowie zur Aufdeckung der Hintermänner und Strukturen*“ und zur „rechtsstaatlichen Ahndung“ der Vorfälle.

Als Reaktion auf die ihrer Ansicht nach linksextremistisch motivierten Angriffe äußern sich rechtsextremistische Akteure verbal betont kämpferisch und setzen ihre vordergründigen Bekenntnisse zur Rechtsstaatlichkeit bewusst in Szene. Dabei werden vereinzelt auch subtile Äußerungen offenbar, die auf eine möglicherweise beabsichtigte Selbstjustiz anspielen. Gegenwärtig liegen keine Erkenntnisse vor, dass Rechtsextremisten in Bayern konkret zu regionalen oder überregionalen Vergeltungsmaßnahmen aufrufen würden. Jedoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Ereignisse einen ideologischen bzw. propagandistischen Auftrieb erzeugen, der gewaltorientierte Szeneangehörige zu politisch motivierten Straftaten gegen Linksextremisten, deren Objekte oder Versammlungen ermutigt.



Reichsbürger und Selbstverwalter

Schnittmenge zwischen Reichsbürgern, Selbstverwaltern und Rechtsextremisten sowie Esoterikern am Beispiel von W. Seewald und der Seewald-Akademie

Zwischen den Phänomenbereichen Rechtsextremismus sowie Reichsbürger und Selbstverwalter existieren in Teilen inhaltliche Berührungspunkte, die vor allem in Gestalt der Ablehnung des bestehenden Staates und seiner Rechtsordnung, aber auch bei verschwörungstheoretischen, teils antisemitischen Ideologeelementen zutage treten können. Oftmals suchen Rechtsextremisten sowie Reichsbürger und Selbstverwalter gezielt nach möglichen Schnittmengen mit anderen, nicht-extremistischen Milieus, um eine Steigerung der Reichweite und des Mobilisierungspotenzials zu ermöglichen. So greifen Rechtsextremisten, Reichsbürger und Selbstverwalter wiederholt esoterische Versatzstücke auf und verflechten diese mit extremistischen Ideologiefragmenten. Sie versuchen auf diese Weise auch Personen aus dem nicht-extremistischen esoterischen Spektrum anzusprechen und zu beeinflussen, die für ihre Ideologie bislang nicht erreichbar waren. Unter Esoterik wird dabei allgemein eine weltanschauliche Bewegung verstanden, die durch Heranziehung okkultischer, anthroposophischer, metaphysischer sowie weiterer Lehren und Praktiken auf die Selbsterkenntnis und Selbstverwirklichung des Menschen abzielt.

Die gezielte Annäherung an esoterische Themen- und Stimmungsfelder spiegelt sich z. B. im völkischen Verständnis von Germanentum, Ahnenverehrung, Traditionen und Brauchtümern des Altertums der neonazistischen Partei „Der Dritte Weg“ („III. Weg“) wider. Die Partei versucht damit, auch bei Personen außerhalb der eigenen Szene Anklang zu finden, die spirituell-weltanschaulich ähnlich orientiert sind. Das Abhalten von Julfesten, Ahnengedenken oder Ostara-Festlichkeiten stellen Beispiele für das neo-paganistische Weltbild des „III. Weg“ dar.

In Bayern gelingt es Wjatscheslaw Seewald die verschiedenen Ideologiefelder von Rechtsextremisten, Reichsbürgern und Selbstverwaltern mit esoterischen Inhalten zu verknüpfen und auf diese Weise ein sehr gemischtes Publikum anzusprechen. Seewald betreibt u. a. die nach ihm benannte „Seewald Akademie“.

Logo der
Seewald
Akademie



eigene Webseite dient als Vertriebsplattform, auf der Seewald seine kostenpflichtigen Online-Vorträge in Form sogenannter „Web-

Seminare“ anbietet. Interessenten und Anhänger haben die Möglichkeit diese Videos, je nach Umfang, für zwischen 18 und 499 Euro zu erwerben. Im Rahmen seiner Vortragsvideos behandelt Seewald gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Themen und gibt dabei vor, u. a. auch über Elitewissen und vermeintlich geheime Kenntnisse zu verfügen. Seine angeblichen Sachkenntnisse über die Geschehnisse auf der Welt habe er eigenen Angaben zufolge durch seine Ahnen, sein „wedisches Wissen“ sowie seine Naturverbundenheit erlangt.

„Gerussia“-Flagge

Kernbestandteil von Seewalds Web-Seminaren ist die von ihm entwickelte Verschwörungstheorie „Gerussia“. Im Kern handelt es sich dabei um eine Vermischung der beiden Verschwörungstheorien der „jüdischen Weltverschwörung“ und des „Bevölkerungsaustauschs“.



Die angeblich bevorstehende Vernichtung des deutschen Volkes könne, so die These Seewalds, nur durch eine Verbrüderung der beiden Staaten Russland und Deutschland abgewendet werden.



<https://de-de.facebook.com/wjatscheslawseewald/photos/a.1518512868417489/1763007277301379/?type=1&theater> abgerufen am 20.07.2021

Sämtliche gesellschaftlichen Entwicklungen werden Seewald zufolge von einer verborgenen Gruppe gezielt gesteuert. Bei den Verantwortlichen im Hintergrund handle es sich jedoch nicht um bekannte Persönlichkeiten, wie Bill Gates oder die Familie Rothschild – auch das seien seiner Ansicht nach lediglich Marionetten. Die Gruppe, die tatsächlich die Geschicke leite und die Finanzwelt kontrolliere, nennt Seewald „Schwarzmagier“ bzw. „Globalisten“. Seiner Verschwörungstheorie zufolge erschufen diese Akteure das Judentum im alten Ägypten, um Kontrolle über

die Menschheit zu erlangen. Instruiert durch diese „Globalisten“, welche angeblich auch die Fähigkeit besitzen, orts- und zeitunabhängig sämtliche Geschehnisse zu beeinflussen, regiere das Judentum bis heute. Diese im Verborgenen agierenden schwarzen Mächte beabsichtigten die Vernichtung des deutschen Volkes. Das jüdische Volk bzw. „die Juden“ hätten zwar Anteil an sämtlichen Übeln, wie z. B. Unterdrückung, Korruption und Krieg. Im Unterschied zu vielen anderen antisemitischen Verschwörungstheorien werden die Juden von Seewald jedoch nicht direkt als primäre Ursache des Bösen betrachtet. Seiner Logik zufolge sind das die „Schwarzmagier“, als deren Handlanger jedoch die Juden fungieren.

Nach Ansicht Seewalds werde die angebliche „Vernichtung“ bzw. „Ersetzung“ des deutschen Volkes vorangetrieben, indem viele Menschen mit unterschiedlichen Religionen, Rassen und Sprachen nach Deutschland gebracht würden. Dahinter stünde der Plan, das Christentum und damit auch die „weiße Rasse“ abzuschaffen. In Deutschland würden die Türken zur Verfolgung dieses Ziels die Zwangsislamisierung forcieren, wie Seewald ausführt. In Europa sei angeblich ein Krieg „Muslime gegen Christen“ geplant. Inzwischen seien muslimische Personen, vorrangig Türken, bereits in zentralen Stellen, wie beispielsweise dem Bundestag positioniert, um die Zwangsislamisierung bzw. das islamische Kalifat zu etablieren und schließlich die Zerstörung des deutschen Volkes herbeizuführen. Seewald propagiert, es laufe „eine Unterwanderung, ein Austausch der Bevölkerung“ dessen Ziel das „Herauszüchten des „Deutschen“ sei.

Verbunden mit Okkultismus und Esoterik werden von Seewald zahlreiche rechtsextremistische und auch antisemitische Ideologieelemente verbreitet. Die von ihm propagierten und durch die Akademie in Umlauf gebrachten Inhalte weisen auch wesentliche Überschneidungen zur bereits bekannten Verschwörungstheorie des „Bevölkerungsaustauschs“ auf. Das rechtsextremistische Narrativ eines „Bevölkerungsaustauschs“ fußt auf einem ethnisch-homogenen Volksbegriff. Dieser ist mit der Menschenwürdegarantie des Art. 1 GG nicht vereinbar, da er die Menschenwürde derjenigen missachtet, die nicht diesem Volksbegriff unterfallen. Seewald unterstreicht seinen ethnokulturellen Ansatz, indem er den Islam als grundsätzlich minderwertig gegenüber dem Christentum bewertet. Ausgangspunkt seiner Argumentation ist dabei stets eine biologistische Denkweise, die das Kollektiv in den Mittelpunkt stellt. Er konstruiert einen fundamentalen Gegensatz zwischen dem deutschen Volk bzw. dem Christentum einerseits und Menschen anderer Herkunft

bzw. Muslimen andererseits. Indem er die Kombination von weißer Rasse und Christentum als unteilbar erklärt und ihre vermeintliche Überlegenheit propagiert, gelingt es Seewald, ethnisch-biologistische und ethnokulturelle Ansätze zusammenzuführen.

Anhand von Seewalds politischen Aktivitäten lässt sich erkennen, wie er versucht, Personen aus den unterschiedlichsten Spektren für sich zu gewinnen und sein extremistisches Gedankengut in unterschiedliche Milieus zu tragen. Seewalds Online-Angebot ist für ein breites Publikum leicht zugänglich. Es kann sowohl für Rechtsextremisten, Reichsbürger und Selbstverwalter als auch für das esoterisch orientierte Personenspektrum ansprechend sein und auf diese Weise zu einer rechtsextremistischen Beeinflussung dieses Milieus beitragen.



Linksextremismus

1. Linksextremistische Agitation während der Corona-Pandemie

Mit Blick auf die aktuellen sozioökonomischen Herausforderungen ist sich die linksextremistische Szene in Bayern einig, dass die Pandemie nicht der Auslöser der von vielen Menschen empfundenen Krisensituation ist. So wird in einem Internetaufruf der szenübergreifenden Initiative



taufruf der szenübergreifenden Initiative „#nichtaufunseremRücken“ argumentiert:

„Krisen-Zeiten sind Zeiten, in denen die Widersprüche des Systems besonders offen zu Tage treten - was dazu führt, dass immer mehr Menschen das System als Ganzes in Frage stellen. Noch nie ist es so klar gewesen wie in der aktuellen Pandemie, dass das kapitalistische System nicht in der Lage ist, auch nur die elementarsten Interessen der breiten Bevölkerungsmassen zum Beispiel

nach Gesundheit zu gewährleisten. Diese Situation müssen wir nutzen, um unsere Vision einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus bekannt zu machen!“

Linksextremisten betrachten die Corona-Pandemie als „Brandbeschleuniger“ in einem ohnehin schon kriselnden kapitalistischen System. Die Pandemie bringe das „kaputtgesparte“ Gesundheitssystem an seine Grenzen. Dabei werde deutlich, dass der Politik mehr an der Rettung der Wirtschaft, als an den Menschen gelegen sei. Vor diesem Hintergrund begreift die linksextremistische Szene die aktuelle Situation nicht bloß als Krise, sondern auch als Chance, gegen das System mobil zu machen und einen Systemwechsel herbeizuführen.

Veranstaltungen unter Pandemiebedingungen

Der Beginn der Pandemie und die damit verbundenen Beschränkungen trafen auch die linksextremistische Szene unvorbereitet. Dennoch stellte sich die bayerische Szene relativ schnell auf die neue Situation ein. Statt an „herkömmlichen“ Demonstrationen festzuhalten wurden u. a. in München Schilder- und Plakataktionen, Fahrraddemonstrationen sowie „politische Spaziergänge“ mit Maske und Abstand durchgeführt. Gruppentreffen, Filmvorführungen oder Informationsveranstaltungen wurden, wo möglich, ins Internet verlegt. Trotz alternativer Protestformen mobilisiert die linksextremistische Szene weiterhin zu zentralen Aktionstagen bzw. besonderen Ereignissen:

Am 5. Februar fand der erste bundesweite „#Zero Covid Day“ statt, zu dem u. a. auch linksextremistische Gruppen wie die Interventionistische Linke (IL) aufgerufen hatten. In Bayern beteiligte sich die Nürnberger Ortsgruppe der IL mit mehreren Veranstaltungen an dem Aktionstag. Ziel des „#Zero Covid Day“ war es, breite Teile der Bevölkerung für eine Ausweitung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zu gewinnen.

In Augsburg demonstrierte am 19. Februar ein Zusammenschluss verschiedener Gruppierungen unter Beteiligung der „Antifaschistischen Jugend Augsburg“ gegen Fremdenhass. Anlass war der erste Jahrestag des Anschlags in Hanau, bei dem neun Personen mit Migrationshintergrund getötet wurden (Verweis auf phänomenbereichsübergreifenden Teil). An dem Demonstrationzug durch die Augsburger Innenstadt nahmen ca. 600 Personen teil.

Zum Weltfrauentag fand in Nürnberg am 7. März eine Großdemonstration mit bis zu 1.500 Personen statt. Anhand von Fahnen und Transparenten konnte die Teil-



nahme linksextremistischer Gruppen und Organisationen, u. a. der IL, der „Freien Deutschen Jugend“, der „Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands“, der „Organisierten Autonomie“, der „Prolos“, der „Revolutionär Organisierten Jugendaktion“ sowie der „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ festgestellt werden. Bereits am Vorabend hatten sich 400 Personen, darunter

auch zahlreiche Linksextremisten, zur „Nachtanzdemo“ als Auftakt zum Weltfrauentag in Nürnberg versammelt. Auch in Aschaffenburg, Ingolstadt, München, Regensburg und Würzburg fanden Demonstrationen zum Weltfrauentag mit linksextremistischer Beteiligung statt.

Der 1. Mai hat als „Kampftag der Arbeiterklasse“ für die linksextremistische Szene eine besondere Bedeutung. Trotz der pandemiebedingten Beschränkungen und Auflagen waren in zahlreichen deutschen Städten in Teilen linksextremistisch beeinflusste Kundgebungen und Demonstrationen zu verzeichnen, u. a. in Aschaffenburg, Augsburg, Bamberg, Ingolstadt, Regensburg und Würzburg. Wie bereits im Vorjahr wurden die Großveranstaltungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes in München und Nürnberg abgesagt bzw. als Online-Veranstaltung durchgeführt. Die linksextremistische Szene nutzte daher auch dieses Jahr die Gelegenheit, eigene Veranstaltungen auf die Beine zu stellen und zahlreiche Personen für die Teilnahme an den Demonstrationen zu mobilisieren.



Internetaufruf zu 1. Mai-Protesten in München



Während im Jahr 2020 in München etwa 400 Personen zu den „1. Mai-Protesten“ erschienen, war im Mai 2021 die Teilnahme von bis zu 750 Personen zu verzeichnen. Im Verlauf der Demonstration, an der sich auch etwa 250 Angehörige der gewaltbereiten autonomen Szene beteiligten, kam es zu mehreren kleineren gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei. Bereits am Vorabend hatten Linksextremisten eine Demonstration unter dem Motto „MEET THE RICH – Holen wir uns was uns gehört“ mit 150 Teilnehmenden organisiert. Diese wurde wegen Verstößen gegen die pandemiebedingten Abstandsregeln gestoppt und in eine stationäre Kundgebung umgewandelt. Nach Beendigung der Versammlung kam es vereinzelt zu Auseinandersetzungen mit den Einsatzkräften der Polizei.

Bei einer Großdemonstration zum 1. Mai in Nürnberg kamen bis zu 2.000 Personen zusammen, während sich die Teilnehmerzahl im Vorjahr auf lediglich etwa 500 Personen belaufen hatte. Die Versammlung verlief, abgesehen von mehreren kleineren

Verstößen gegen die Versammlungsauflagen, etwa in Zusammenhang mit Mindestabständen, verknoteten Seitentransparenten und dem Abbrennen von Pyrotechnik, störungsfrei. Im Anschluss an die Versammlung fanden im Szenestadtteil Gostenhof mehrere stationäre Kleinkundgebungen als



Demonstrationsaufruf zu 1. Mai-Protesten in Nürnberg

Ersatz für das „internationalistische Straßenfest“ der lokalen linksextremistischen Szene statt.

Proteste gegen „Rechts“ und Corona-Leugner

Auch wenn die linksextremistische Szene ihre eigenen Versammlungen pandemiebedingt stark heruntergefahren hat, wurde ihr Engagement gegen mutmaßliche Rechtsextremisten hierdurch kaum beeinträchtigt.

Um im Bundestagswahljahr 2021 den Wahlkampf politischer Gegner zu beeinträchtigen, gründeten diverse linksextremistische Gruppierungen aus dem süddeutschen Raum die Kampagne „antifascist action! Gegen rechte Krisenlösungen“. Seit März beteiligt sich der „Antifa-Stammtisch München“ aktiv an der Kampagne. Im Rahmen der Kampagne versammelten sich am 15. März bis zu 40 Demonstrierende, um den AfD-Wahlkampfauftakt in München zu stören. Dabei wurde auch Pyrotechnik gezündet, vereinzelt kam es zu Rangeleien mit den Einsatzkräften der Polizei.

Am 1. und 3. April blockierte eine zweistellige Zahl von Gegendemonstranten Infostände der AfD in München. Auch hier war der linksextremistisch motivierte „Antifa-Stammtisch München“ beteiligt.

Die Kampagne „antifascist action!“ rief zusammen mit dem „Antifa-Stammtisch München“ zu einer Protestkundgebung gegen eine Mahnwache der rechtsextremistischen Partei „Der Dritte Weg“ (III. Weg) am 25. April auf. An dieser Gegenveranstaltung beteiligten sich bis zu 200 Demonstrierende, darunter auch aus bürgerlich-

demokratischen Bündnissen. Um den Zugang zur Versammlung der Partei zu gewährleisten, mussten die Polizeikräfte in mehreren Fällen unmittelbaren Zwang anwenden.

Von dem anhaltenden linksextremistischen Engagement gegen „Rechts“ sind auch Veranstaltungen aus dem Umfeld der Gegner der pandemiebedingten Beschränkungsmaßnahmen betroffen. Die Teilnehmer dieser Veranstaltungen werden u. a. auf der Webseite der linksextremistischen Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative“ (NIKA) folgendermaßen beschrieben:

*„Die Zusammensetzung dieser sog. ‚Hygiene-Demos‘ bilden einen klassenübergreifenden Zusammenschluss von Liberalen bis hin zu Neonazis. Dazwischen tummeln sich Impfgegner*innen, Hippies, Anhänger*innen von wahnsinnigen Influencern und D-Promis.“*

Bayernweit werden solche Veranstaltungen regelmäßig von Gegenprotest, auch mit linksextremistischer Beteiligung, begleitet.

2. Verrohung der Sprache und steigendes Aggressionspotenzial

Die linksextremistische Szene ist sich, ungeachtet ihrer Heterogenität, in zwei Punkten einig: Zum einen strebt die Szene danach, den freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat zu überwinden. Die Konsequenzen dieser Zielsetzung treten vor allem im Umgang mit der Polizei zutage, die für Linksextremisten der sicht- und greifbarste Vertreter des Staates ist. Der Kampf gegen die Polizei wird unter dem Motto „Anti-repression“ bzw. „Kampf gegen die Repression“ geführt. Zum anderen bekämpfen alle Linksextremisten unter dem Stichwort „Antifaschismus“ rücksichtslos alles vermeintlich Faschistische. Wer Faschist ist, wird dabei von linksextremistischer Seite nach eigenem Gutdünken definiert. Dem Gegner werden dabei die Grundrechte, insbesondere das Grundrecht auf Menschenwürde, abgesprochen. Diese selbstdefinierten Feindbilder sind für Linksextremisten von großem Vorteil: Auch wenn das eigene Ziel und dessen Erreichbarkeit eher allgemein und vage bleiben, weiß man doch zumindest, wer der Gegner ist. Zudem gilt Gewaltanwendung gegen Polizisten und (vermeintliche) Rechtsextremisten in weiten Teilen der Szene als vermittelbar.

Verbale Radikalität

Linksextremistische Gruppierungen nutzen bei der Benennung vermeintlicher „Feinde“ häufig eine abwertende und entmenschlichende Diktion: Sie bezeichnen z. B. Polizisten als „Bullen“ bzw. „Bullenschweine“ und verbreiten Parolen wie „ACAB – All Cops Are Bastards“. Bereits im Jahr 1970 wurden Polizisten von der RAF-Terroristin Ulrike Meinhof als „Bullen“ und „Schweine“ verunglimpft. Diese Bezeichnung hat sich im landläufigen Szenejargon etabliert.

Die verbale Radikalisierung der linksextremistischen Szene ist dabei schon seit längerem zu beobachten. Dabei spielen Szenepublikationen eine erhebliche Rolle. In Bayern treiben insbesondere die beiden gewaltbefürwortenden linksextremistischen Zeitschriften „Fernweh“ und „Zündlumpen“ die verbale Radikalisierung weiter voran:

Fernweh

Logo der „Anarchistischen Straßenzeitung Fernweh“



Die „Anarchistische Straßenzeitung Fernweh“ erscheint in unregelmäßigen Abständen seit dem Jahr 2013 in München und beschränkt sich in ihrer Reich-

weite überwiegend auf die lokale Szene. Insgesamt erschienen bisher 33 Ausgaben (08.07.2021), die Letzte im Mai 2020. Die zunehmend längeren Veröffentlichungsabstände deuten darauf hin, dass „Fernweh“ inzwischen vom „Anarchistische Wochenblatt Zündlumpen“ als Sprachrohr der anarchistischen Szene in München verdrängt wurde.

Logo des „Zündlumpen – Anarchistische Zeitung“

Der „Zündlumpen – Anarchistische Zeitung aus München“ erscheint seit dem Jahr 2019 ebenfalls in München und um-

Zündlumpen

Unhygienisches Wochenblatt, das sich gerne mal die Hände schmutzig macht

fasst bislang 84 Ausgaben (Stand: 08.07.2021). Eine Verteilung bzw. Verbreitung in gedruckter Form findet, soweit bekannt, derzeit nur in der Landeshauptstadt statt. Parallel dazu existiert ein Online-Angebot, welches regelmäßig auf de.indymedia.org beworben und stark nachgefragt wird. Die Online-Ausgabe der Zeitung ist auf der zeitungseigenen Webseite, der österreichischen anarchistischen Internetseite emrawi.org und auf der überregionalen Szeneplattform de.indymedia.org abrufbar. Der folgende Artikel zeigt beispielhaft die verbale Aggressivität des „Zündlumpen“:

Vier Schweine leicht verletzt

Am Freitag, den 18.09., wurden in der Klenzestraße mehreren Autos die Spiegel abgetreten. Eine Snitch – möge sie so richtig auf die Fresse kriegen – verständigte daraufhin die Schweine, die daraufhin versuchten drei in der Nähe befindliche Personen zu schikanieren. Diese reagierten allerdings erfreulicherweise äußerst aggressiv, eine Person versuchte zu fliehen und wehrte sich erheblich, als die Cops sie trotzdem erwischten, wodurch vier Schweine (leider nur) „leicht verletzt wurden“. Die eine Begleitperson bedachte die Schweine daraufhin „mit abwertenden Äußerungen“ –

die leider im Bullenbericht nicht genauer spezifiziert werden, aber man kann an dieser Stelle ja seiner Fantasie freien Lauf lassen, mir würde da spontan „Hackfressen“, „Dünnschissgurgler“, „Klosteinlutscher“, „Scheißhausfliegen“, „Abwasserschlürfen“ und „Drecksarschlöcher“ in den Sinn kommen – und versuchte die andere Person zu befreien. Natürlich wurden daraufhin alle drei festgenommen, auf die Wache gebracht und nach erledigter „Bearbeitung“ wieder entlassen. Hoffen wir, dass bei der nächsten Schikaneaktion die Cops nicht nur „leichte“ Verletzungen davontragen...

Zündlumpen, Ausgabe 75 vom 26.09.2020, Seite 14

Gewalt gegen Personen und ihre Rechtfertigung

Die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern verzeichnen seit ca. zwei Jahren in Teilen der gewaltorientierten linksextremistischen Szene ein stetig steigendes Radikalisierungspotenzial. Innerhalb der gewaltorientierten linksextremistischen Szene bilden sich verdeckt handelnde Kleingruppen heraus, die eigenständige Tatserien begehen und sich aufgrund ihrer Gewaltbereitschaft vom Rest der Szene abgespalten haben. Einzelne Akteure befürworten oder fordern den gezielten Einsatz von Gewalt gegen einzelne missliebige Personen, die von der Szene als „Gegner“ identifiziert und eingeschüchtert werden sollen. Über das mediale Echo, dass „spektakuläre“ Angriffe begleitet, soll zusätzlich Aufmerksamkeit für linksextremistisch besetzte Themen generiert werden.

In Erfurt überfielen am 28. Mai als Polizisten getarnte Linksextremisten einen 25-jährigen Rechtsextremisten in seiner Wohnung und verletzten ihn schwer. Dabei brachen sie gewaltsam die Wohnungstür auf und versprühten Reizgas. Sie fesselten den Geschädigten sowie seine hochschwangere Freundin und brachen ihm anschließend das Bein. Zudem wurden beide Opfer mit einer ätzenden Flüssigkeit übergossen.

Bereits Mitte März hatte sich im sächsischen Eilenburg ein ähnliches Szenario ereignet: Dort hatten sich Linksextremisten als Polizisten ausgegeben und einen 30-

jährigen NPD-Funktionär in seiner Wohnung überfallen. Sie griffen den Geschädigten mit einem Hammer an und verletzten ihn schwer (vgl. Kapitel Rechtsextremismus unter 2.).

In weiten Teilen der linksextremistischen Szene stößt diese Vorgehensweise auf Ablehnung. Die nicht gewaltbereite Szene ist sich bewusst, dass Angriffe auf Personen nur schwer vermittelbar sind und betrachtet diese Gewaltanwendung als „Erschwernis“ für die eigene politische Arbeit. Lange Zeit vertrat die linksextremistische Szene zumindest vordergründig die Position, Gewalt ausschließlich „gegen Sachen und staatliche Institutionen“ auszuüben. Aktuell ist dies jedoch für einen kleinen, überwiegend autonom geprägten, Teil der Szene nicht mehr zutreffend. Diese Akteure begreifen Militanz gegen Personen als einen strategischen Baustein ihrer Agitation.

Am 16. Mai 2020 wurden drei Angehörige der Gewerkschaft „Zentrum Automobile e. V.“ in Stuttgart auf dem Weg zu einer Querdenken-Demonstration durch eine Gruppe von 20-40 Linksextremisten angegriffen und schwer verletzt. Einer der Geschädigten erlitt lebensgefährliche Verletzungen und musste für einen Monat in ein künstliches Koma versetzt werden. In der Folge dieses Überfalls kam es zu mehreren Festnahmen. Gegen zwei Personen wurde Anklage erhoben. Die Gewerkschaft „Zentrum Automobile e. V.“ wird von Linksextremisten aufgrund ihrer vermeintlichen Nähe zur AfD als faschistisch angesehen. Das linksextremistische Bündnis „Perspektive Kommunismus“ (PK) veröffentlichte am 26. März 2021 eine Broschüre mit dem Titel „Repression gegen militanten Antifaschismus“. In der Broschüre, die direkten Bezug auf den Angriff auf die Gewerkschafter nimmt, wird Militanz gegenüber „Faschisten“ „in bestimmten Situationen“ als notwendig und legitim erachtet. Ihrem Selbstverständnis nach wähen sich die Autoren in einem Untergrundkampf vergleichbar mit den jugoslawischen Partisanen während des Zweiten Weltkrieges. Ihrer Ansicht nach sei „die Gewalt die in bestimmten Situationen Teil des antifaschistischen Widerstands sein soll“ gerechtfertigt:



Propagandabild der Perspektive Kommunismus

„Wer antifaschistische Gewalt mit der Gewalt der Faschisten gleichsetzt, setzt den Widerstand gegen Unterdrückung mit der Unterdrückung selbst gleich.“

Akzeptanz von Gewalt in der linksextremistischen Szene

Die strategische und ideologische Haltung zu Gewalt als legitimes Mittel politischer Agitation ist ein virulentes Problem innerhalb der gesamten linksextremistischen Szene. Die Gewaltakzeptanz und -bereitschaft ist in einigen Teilen der Szene grundsätzlich unstrittig. Auch wenn mit den Autonomen lediglich ein kleiner Teil der linksextremistischen Szene Gewalt plakativ ausübt oder offen mitträgt, so wird sie doch auch von anderen Szenemitgliedern regelmäßig verteidigt und entschuldigt. Schon Friederich Engels und Michael Bakunin¹ forderten den gewaltsamen Umsturz der Verhältnisse. Ein positives Verhältnis zur Gewalt ist für Kommunisten und Anarchisten demnach bereits in der Theorie angelegt. Strittig sind lediglich Art, Umfang und Zielrichtung von Gewalt. Stark umstritten unter Linksextremisten ist auch der Zeitpunkt, zu dem es geboten ist, Gewalt auszuüben. Orthodox ausgerichtete Linksextremisten gehen davon aus, dass Gewaltausübung nur dann legitim ist, wenn sie in einer revolutionären Situation erfolgt. Anarchistisch geprägte Gruppierungen sind demgegenüber der Ansicht, dass bereits der Gewaltakt an sich eine politische, revolutionäre Handlung darstellt und keiner Begründung, geschweige denn einer Rechtfertigung bedarf.

Ein gewichtiger Grund dafür, dass sich ein großer Teil der Linksextremisten nicht offensiver von der systematischen Gewaltanwendung der Autonomen distanziert, dürfte sein, dass sie – gewalttätig oder nicht – ein Ziel eint: die Überwindung des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates. Dies kann nach linksextremistischen Verständnis nur mittels Gewalt erreicht werden.

Innerhalb des autonomen Szenespektrums ist Gewaltausübung eine Prüfmarke für die Ernsthaftigkeit der eigenen Absichten, weil man es in Form des Staates oder von Faschisten mit einem gewalttätigen Gegner zu tun habe. Aus Sicht der Autonomen ist „Militanz“ (Gewalt) also nie Selbstzweck, sondern notwendiges Mittel. Diese Argumentationslinie zeigt sich beispielsweise auch in den Publikationen der PK.

¹ Bakunin war ein russischer Anarchist, der eine herrschaftsfreie, dezentral organisierte Gesellschaft forderte. Zur Umsetzung seiner Ideale setzte er auf gewaltsame Revolutionen.

Den Linksextremisten ist dabei bewusst, dass die ausdrückliche Anwendung von Gewalt für Außenstehende als Mittel des politischen Meinungsstreits inakzeptabel ist. Sie bemühen sich daher auch, ihre Befürwortung von Gewalt zu verschleiern, in dem sie zum „Widerstand“ hochstilisiert wird oder als zwingendes Mittel des Antifaschismus. So rechtfertigten Linksextremisten beispielsweise den im Mai 2020 in Stuttgart erfolgten Angriff auf drei Mitglieder der ihrer Ansicht nach „faschistischen Betriebsgruppierung“ „Zentrum Automobil e. V.“ auf der überregionalen Szeneplattform de.indymedia.org wie folgt:

„Es geht uns mit körperlichen Angriffen darum, das öffentliche Auftreten der Faschisten soweit wie möglich zu unterbinden. Wir treiben den gesundheitlichen, organisatorischen und materiellen Preis dafür in die Höhe. Sie sollen mit Schmerzen, Stress und Sachschaden rechnen und dadurch möglichst isoliert, gehemmt, desorganisiert und abgeschreckt werden. [...] Politische Gewalt ist in dieser Form aktuell auch für Teile der Bevölkerung, die wir erreichen und einbeziehen wollen als unvermeidlicher Teil des politischen Kampfes gegen die Faschisten verständlich – auch wenn das nicht in jeder Situation der Maßstab sein kann. Wir bezweifeln, dass eine härtere Linie, unabhängig von der Umsetzbarkeit, auf viel Verständnis stoßen würde.“

Der Grund für diese verbale Verschleierungstaktik ist die Absicht linksextremistischer Akteure, beispielsweise der IL, mit bürgerlichen Demonstrierenden Bündnisse einzugehen. Dort versuchen sie dann, durch Einflussnahme auf die Bündnisziele und/oder -aktionen bürgerliche Initiativen in eine extremistische Richtung zu navigieren. Unter Verwendung von Euphemismen wie „ziviler Ungehorsam“ wird versucht, auch Teile des bürgerlichen Spektrums zur Teilnahme an Straf- bzw. Gewalttaten zu bewegen. Hinter diesem Vorgehen steht letztendlich das Ziel, durch Radikalisierung eine „revolutionäre Klasse“ auszubilden, die das „bestehende gesellschaftliche System“ überwinden soll.

3. Linksextremistische Expansionsbestrebungen am Beispiel des Jamnitzerplatzes in Nürnberg



Der kleinteilig strukturierte Nürnberger Stadtteil Gostenhof gilt als Wohnviertel für Personen mit eher geringem Einkommen. Anfang der 1980er Jahre begann die Stadt Nürnberg mit

Dpa Luftbildaufnahme Stadtteil Gostenhof in Nürnberg

einer umfassenden Sanierung des Stadtteils, um seinem Ruf als "Glasscherbenviertel" entgegenzuwirken. Gostenhof zählt seit dem Ende der 1980er Jahre zu einem der wichtigsten linksextremistischen Kristallisationspunkte in Bayern. Der Jamnitzerplatz, im Zentrum von Gostenhof gelegen, ist einer der bevorzugten Treffpunkte der örtlichen linksextremistischen Szene. In direkter Umgebung befindet sich auch seit mehreren Jahren das Szene-Lokal „Schwarze Katze“, das Linksextremisten als Treffpunkt und Anlaufstelle dient. Das Lokal ist Teil des „Selbstverwaltete[n] Kommunikationszentrum[s] Nürnberg e. V.“ (KOMM e. V.), das ebenfalls von linksextremistischen bzw. linksextremistisch beeinflussten Gruppierungen aufgesucht wird. Dort treffen sich, neben der postautonomen „Roten Hilfe“ (RH), die autonomen Gruppierungen „Organisierte Autonomie“ (OA) sowie die „Revolutionär Organisierte Jugendaktion“ (ROJA), die als unabhängige Jugendorganisation der OA zu betrachten ist.



Die Karte des Stadtteils Gostenhof in Nürnberg zeigt die Standorte des Jamnitzerplatzes und des Szene-Lokals „Schwarze Katze“

Die OA wie auch die ROJA erkannten in den städtischen Maßnahmen zur Umgestaltung des Viertels schon früh den Beginn einer „Gentrifizierungsstrategie“² und riefen das Themenfeld „Anti-Gentrifizierung“ zu einem der zentralen Schwerpunkte ihrer politischen Agitation aus. Damit geht auch der Versuch einher, die eigenen Interessen in die aktuelle stadt- und gesellschaftspolitische Diskussion einzubetten und eine größere Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen.

² Gentrifizierung ist die Aufwertung eines Stadtteils durch dessen Sanierung oder Umbau mit der Folge, dass die dort ansässige Bevölkerung durch wohlhabendere Bevölkerungsschichten verdrängt wird. Der Begriff kommt aus dem Englischen und bezieht sich auf Entwicklungen im Großbritannien des 18. Jahrhundert, als Teile des niederem Adels (*Gentry*) von Rand der Städte in die Zentren zogen.

Konfliktgeschehen um den Jamnitzerplatz

Im Fokus der Konflikte um den Jamnitzerplatz steht die seit dem Jahr 2019 von der Stadt Nürnberg avisierte Umgestaltung des Platzes. Dabei kam es wiederholt auch zu Auseinandersetzungen von Linksextremisten mit der Polizei. Unter dem Motto „Reclaim Gostenhof“ organisierte die OA zahlreiche Initiativen, Aktionen und Veranstaltungen gegen die städtischen Sanierungs- und Umbaumaßnahmen. Dahinter steht das Ziel, die Örtlichkeit als unveränderbares Betätigungs- und Rückzugsgebiet für die linksextremistische Szene zu beanspruchen. Die linksextremistische Szene in Nürnberg betrachtet den Stadtteil Gostenhof als ihr „Viertel“ und möchte diesen gegen störende „Eindringlinge“, wie beispielsweise die Polizei, „verteidigen“. Linksextremisten sprechen der Polizei, als Vertreterin des zu bekämpfenden Staatsapparates, jegliche Legitimität ab und begegnen dieser betont unkooperativ bis gewalttätig.

Auslöser der anhaltenden Eskalation war ein Vorfall am Abend des 28. Juni 2019 auf dem Jamnitzerplatz. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich dort ca. 25-30 Personen versammelt und lautstark Musik gehört. Als die Einsatzkräfte der Polizei eintrafen, um vor dem Hintergrund der angezeigten Ruhestörung Personalien festzustellen, kam es zu tumultartigen Szenen: Aus dem angrenzenden Szenetreff „Schwarze Katze“ näherten sich ca. 60 Personen des linksextremistischen Spektrums und beleidigten die Beamten lautstark, indem sie Parolen wie „Bullen raus aus Gostenhof“ und „Scheiß Bullen“ skandierten. Um weitere Eskalationen zu vermeiden, entschied sich die Polizei zu einem taktischen Rückzug. Dieser angebliche Triumph über die Polizei wurde anschließend seitens der Szene auf den linksextremistischen Szenepattformen www.de.indymedia.org und www.redside.tk gefeiert:

*„Abende wie diese sind Momente, die uns Kraft geben. Was gibt es schöneres, als gemeinsam einen Freiraum zu schaffen, in dem wir mit Freund*innen und solidarischen Menschen der alltäglichen Ohnmacht trotzen und keine Angst vor Bullen- oder Naziübergriffen haben müssen. Diese Momente sind ansteckend – das nächste Mal sind wir noch mehr!“*

Die Bedrohung der Polizeibeamten wurde zur Anzeige gebracht und am 6. Oktober 2020 vor dem Amtsgericht Nürnberg verhandelt. Bereits am 12. September 2020 hatte die OA unter der Beteiligung zahlreicher lokaler linksextremistischer Gruppierungen eine Demonstration unter dem Motto „Repression in Gostenhof – Jamnitzer

für Alle – gegen eine Stadt der Reichen“ organisiert. An dieser Demonstration nahmen ca. 100 Personen teil. Die Aktion zielte darauf ab, politischen Druck auf das Gericht auszuüben.

Schließlich verurteilte das Amtsgericht Nürnberg-Fürth den 52-jährigen Rädelsführer zu 15 Monaten und einen 33-jährigen Mittäter zu 18 Monaten Haft, jeweils ohne Bewährung. Noch am selben Abend reagierte die linksextremistische Szene mit einer Spontan-Demonstration auf das Urteil. So wurden beispielsweise auch auf der szenebekannteren Internetseite „redside.tk“ Solidaritätsbekundungen mit den Verurteilten veröffentlicht und zur Teilnahme an der Spontandemonstration aufgerufen:

„Heute wurden am Nürnberger Amtsgericht zwei Genossen zu Haftstrafen von einmal einem Jahr und drei Monaten und einmal einem Jahr und sechs Monaten verurteilt – ohne Bewährung! Ihnen wurde vorgeworfen, im vergangenen Jahr am Jamnitzer Platz einer weiteren schikanösen Polizeikontrolle gemeinsam mit vielen anderen NutzerInnen des Platzes ein frühzeitiges Ende beschert zu haben – und das lediglich mit verbalen Unmutsbekundungen. Hier soll ein Exempel statuiert werden! Solidarität gegen Polizeiübergriffe und Verdrängung aus dem öffentlichen Raum soll kriminalisiert und zerschlagen werden. Aber nicht mit uns! Wir bleiben solidarisch und kein Richterspruch der Welt wird uns davon abhalten, das auch in Zukunft zu sein! Die Plätze denen, die sie nutzen! Gegen Verdrängung und Vertreibung!“

(Fehler aus dem Original übernommen)

Rund 150 Personen versammelten sich daraufhin am Jamnitzerplatz und zogen in Richtung Justizpalast, wobei auch Pyrotechnik gezündet wurde. Als die Einsatzkräfte der Polizei den Aufmarsch stoppten, kam es zu mehreren gewaltsamen Auseinandersetzungen.

Im Dezember 2020 kam es zu einer Serie von Sachbeschädigungen in Nürnberg, Erlangen und Fürth. Auf „de.indymedia.org“ wurden in dem Beitrag „Militanter Dezember in der Metropolregion Nürnberg — eine Chronik (+ Plakat)“ die Farbschmierereien und Sachbeschädigungen als „antifaschistische Tournee“ gepriesen. Obwohl die Anschlagsserie vorgeblich im Begründungszusammenhang mit dem Agitationsfeld Antifaschismus durchgeführt wurde, sind die Anschläge auch im Kontext der Ereignisse rund um den Jamnitzerplatz von Bedeutung: Sie sind ebenfalls als Machtdemonstration der linksextremistischen Szene in Nürnberg zu verstehen.

Bereits am 30. Januar 2021 hatte auf dem Jamnitzerplatz in Nürnberg eine einstündige Kundgebung unter dem Motto „Solidarität gegen Polizeistaatlichkeit“ stattgefunden. Ziel der linksextremistischen Szene war es, ihre Unterstützung für die beiden verurteilten Straftäter zu signalisieren. An der Veranstaltung nahmen ca. 220 Personen teil, die überwiegend der linksextremistischen Szene angehörten.

Das Landgericht Nürnberg-Fürth revidierte am 2. Februar das Urteil. Die Haftstrafe für den 52-Jährigen wurde in zehn Monate Haft auf Bewährung sowie in eine Geldstrafe von 1.500 Euro umgewandelt. Der 33-Jährige muss für 14 Monate in Haft. Noch am gleichen Abend fand eine einstündige Kundgebung auf dem zentralen Jakobsplatz in Nürnberg statt, an der ca. 90 Personen mit überwiegend linksextremistischem Hintergrund teilnahmen. Auf der Veranstaltung provozierte eine Rednerin bewusst in Richtung des Polizei-Präsidiums Mittelfranken, indem sie die Einsatzkräfte der Polizei lautstark als „Schweine“ verunglimpfte. Zudem wurden Banner mit der Aufschrift: „Jamnitzerplatz, no cops, no stress“ und „Polizeigewalt und Rassismus stoppen“ gezeigt.

Die Militanz, die Linksextremisten in Nürnberg – Gostenhof der Polizei gegenüber seit dem Jahr 2019 zeigen, ist in Bayern neu. Demgegenüber zeichnet sich bundesweit bereits seit dem G20-Gipfel im Jahr 2017 in Hamburg eine kontinuierliche Verringerung der Hemmschwelle der linksextremistischen Szene zur Anwendung von Gewalt ab. In Szenehochburgen wie Hamburg, Leipzig und Berlin gehören linksextremistische Straftaten bereits zur Tagesordnung.

Trotz mancher Parallelen lässt sich die gegenwärtige Lage in Gostenhof nicht mit der Situation in diesen Städten vergleichen. Gemeinsam ist den besagten Orten, dass es eine etablierte Szene gibt, die sich in ihren Vierteln als feste politische Größe verankert hat. Zahlenmäßig ist das Personenpotenzial der Szene in Nürnberg jedoch um ein Vielfaches geringer als in Hamburg, Leipzig oder Berlin. Der entscheidende Unterschied besteht darin, dass sich die dortigen Szenen politisch „Freiräume“ nicht nur erkämpfen, sondern diese auch dauerhaft erhalten konnten. Dies trifft für die Szene in Gostenhof u. a. auch aufgrund des beharrlichen und konsequenten Einschreitens der Polizeikräfte nicht zu. Parallel dazu hat die Stadt Nürnberg an ihrer bisherigen Linie, der Sanierung des Stadtteils Gostenhof, festgehalten und dem weiteren Verfall des Viertels eine Absage erteilt. Die linksextremistische Szene stößt nur bei einem sehr kleinen Teil der Anwohner auf Zustimmung.

Basierend auf diesen drei Faktoren konnte mit Blick auf die linksextremistischen Expansionsbestrebungen in Nürnberg bisher eine Sogwirkung vermieden werden. Die linksextremistische Szene in Gostenhof wird auch weiterhin versuchen, sich „Freiräume“ zu erkämpfen. Gleichsam ist bei Entwicklungen, die seitens der Szene als nachteilig bewertet werden, mit entsprechenden Sachbeschädigungen bzw. gewalttätigen Aktionen zu rechnen.

4. 100 Jahre Rote Hilfe

Mit bundesweit mehr als 10.500 Mitgliedern (davon etwa 700 in Bayern) hat sich die RH zur größten linksextremistischen Organisation Deutschlands entwickelt. Ihr Arbeitsschwerpunkt liegt auf der finanziellen und politischen Unterstützung von linksextremistischen Straf- und Gewalttätern, mit deren ideologischer Zielsetzung sie sich identifiziert.

Internetaufruf der Roten Hilfe zum „Tag der politischen Gefangenen“

Bereits im ersten Quartal 2021 bearbeitete die RH nach eigenen Angaben bundesweit 104 Unterstützungsanträge und zahlte Unterstützungsleistungen (z. B. Beteiligung an Prozesskosten, Anwaltskosten, Übernahme von Geldstrafen) in Höhe von knapp 90.000 Euro. Unter den Begünstigten waren auch bayerische Linksextremisten. Zu diesen zählten auch die beiden Linksextremisten, die für ihre Straftaten im Rahmen der Krawalle am Nürnberger Jamnitzerplatz in 2. Instanz zu zehn Monaten Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe von 1.500 Euro bzw. einer Haftstrafe von 14 Monaten ohne Bewährung verurteilt wurden. In der Ausgabe 02/2021 der Roten Hilfe Zeitung veröffentlichte die linksextremistische Nürnberger Gruppierung „Auf der Suche“ eigens einen Artikel zum Prozess gegen die verurteilten Linksextremisten vom Jamnitzerplatz. Demnach habe der Staatsapparat ein „Exempel statuiert“, um jeglichen Widerstand gegen die Polizei zu ersticken und zu kriminalisieren:



„Doch wir lassen uns nicht kriminalisieren. Wir werden uns weiterhin gegen die systematischen Ungerechtigkeiten, die der kapitalistische Alltag mich sich bringt zur

*Wehr setzen, egal ob im Park, in der Schule oder auf Arbeit. Auch wenn die Repression zwei Genossen direkt trifft, ist es zugleich ein Schlag gegen uns als emanzipatorische Bewegung!*³

Neben regionalen Aktionen ist auch die Solidarität mit den „inhaftierten Antifaschisten Lina, Dy und Jo“ aktuell ein zentrales Thema der RH³. „Lina“ gilt als mutmaßliche Rädelsführerin einer kriminellen Antifa-Vereinigung aus Leipzig. Ihr und zehn weiteren bekannten Mitgliedern der Gruppe werden diverse Straftaten vorgeworfen. Die Gruppe soll u. a. für mehrere Angriffe auf mutmaßliche Rechtsextremisten verantwortlich sein, bei denen insgesamt 12 Personen, in einem Fall sogar lebensbedrohlich, verletzt wurden.



Bild dpa
zu Protest-
marsch in
Stuttgart

Bei „Dy und Jo“ handelt es sich um Antifaschisten aus dem Raum Stuttgart. Beiden wird vorgeworfen, am Rande einer Demonstration am 16. Mai 2020 in Stuttgart an einem Angriff auf drei mutmaßliche Rechtsextremisten beteiligt gewesen zu sein. Eine der drei Personen wurde dabei lebensgefährlich verletzt. Zur Unterstützung der Gruppierung wurde die Kampagne „Antifaschismus bleibt notwendig“ gegründet. Zu einer Großdemonstration der Kampagne am 20. März in Stuttgart reisten auch Linksextremisten aus München und Nürnberg an. Am 19. April begann der Prozess gegen „Dy und Jo“ vor dem Stuttgarter Landgericht. Ihnen wird versuchter Totschlag vorgeworfen. Der Rechtsanwalt und Pressesprecher der Kampagne „Antifaschismus bleibt notwendig“ relativierte die Tat:

„Militanter Widerstand gegen Faschisten ist weder Selbstzweck noch besonders schön, historisch gesehen aber als Teil eines vielschichtigen antifaschistischen Widerstands alternativlos. Am Ende geht es darum, einzuschreiten, bevor es zu spät ist.“

³ „Jo“ wurde am 15. Januar nach sechsmonatiger Untersuchungshaft entlassen.



Propagandabild Rote Hilfe

Die Aufarbeitung des Hamburger G20-Gipfel 2017 ist nach wie vor von großem öffentlichen Interesse. Am 3. Dezember 2020 begann der erste der sogenannten „Rondenberg“-Prozesse vor dem Hamburger Landgericht. Den Angeklagten wird vorgeworfen, als Teil einer Gruppe von etwa 200 De-

monstranten während des G20-Gipfels in der Hamburger Rondenbergstraße massiv und gezielt Steine, Flaschen und Bengalos auf Polizisten und Einsatzfahrzeuge geworfen zu haben. Zur Unterstützung der Angeklagten initiierte die RH die bundesweite Kampagne „Gemeinschaftlicher Widerstand“, welche auch von bayerischen Gruppen, u. a. aus München, Nürnberg und Regensburg, unterstützt wird. Zum Prozessauftakt organisierte die RH München zusammen mit anderen lokalen Gruppierungen am 27. November 2020 eine Demonstration mit etwa 300 Teilnehmenden in München. Diese war Teil eines bundesweiten Aktionstages der Kampagne „Gemeinschaftlicher Widerstand“. Aufgrund der Corona-Pandemie wurden die Prozesse zwischenzeitlich unterbrochen und auf unbestimmte Zeit verschoben.

Islamismus

Aktueller Sachstand zum Verbotsverfahren „Ansaar International e. V.“



Das Bundesministerium des Inneren (BMI) hat am 5. Mai die salafistische Vereinigung „Ansaar International e. V.“ einschließlich ihrer acht Teilorganisationen „WWR-Help WorldWide Resistance-Help e. V.“ (WWR), „Aktion Ansaar Deutschland e. V.“, „Somalisches Komitee Information und Beratung in Darmstadt und Umgebung e. V.“ (SKIB), „Frauenrechte ANS.Justice e. V.“, „Änis Ben-Hatira Help e. V.“ / „Änis Ben-Hatira Foundation“, „Ummashop“, „Helpstore Second-

hand UG“ sowie „Better World Appeal e. V.“ verboten und aufgelöst.



Propagandabilder von „Ansaar International e. V.“ bzw. von ihren Teilorganisationen

Das Verbot schließt u. a. Internetpräsenzen, Kennzeichen und Schriften der genannten Vereinigungen ein. Zudem wird das Vereinsvermögen beschlagnahmt und zugunsten des Bundes eingezogen.



Propagandabilder von „Ansaar International e. V.“ bzw. von ihren Teilorganisationen

Die Verbotsverfügung wird damit begründet, dass „Ansaar International e. V.“ sowie ihre Teilorganisationen den Strafgesetzen zuwiderlaufende Zwecke und Tätigkeiten verfolgen und sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung sowie gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten.

Zur Umsetzung des Verbots wurden in insgesamt zehn Bundesländern (Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein) Durchsuchungs- und Beschlagnahmungsmaßnahmen vollzogen. Bundesweit betroffen waren rund 70 Objekte und über 20 Bankkonten, die jeweils in Bezug zu den salafistischen Organisationen „Ansaar International e. V.“ oder einer ihrer Teilorganisationen standen. Der Schwerpunkt der Aktionen lag in Nordrhein-Westfalen, da sich dort die Vereinssitze von „Ansaar International e. V.“ sowie fünf Teilorganisationen befanden. In Bayern wurden vier Objekte durchsucht und zwei Bankkonten beschlagnahmt. Zudem wurde

ein in Markt Schwaben von Ansaar-Aktivisten genutzter Altkleidercontainer versiegelt. Insgesamt wurden neben einer Vielzahl elektronischer Datenträger sowie diverser Papierunterlagen (u. a. Vereinsunterlagen, Flyer) auch eine erhebliche Summe an Bargeld sowie Guthaben auf Konten sichergestellt.



Bild dpa Durchsuchung von Vereinsräumen von Ansaar International e. V.

Das Verbot der Organisation „Ansaar International e. V.“, die in Teilen der muslimischen Community in Deutschland als reine Hilfsorganisation wahrgenommen wird, löste in den Sozialen Medien eine große Welle von Negativreaktionen aus. In vielen Beiträgen und Kommentaren wurde das Verbot als staatliche Willkür gegen Muslime im Allgemeinen verurteilt. Unter den Personen aus dem islamistischen Spektrum, die diese und ähnliche Posts verfassten oder teilten, befanden sich auch Personen aus Bayern.

„Ansaar International e. V.“ hat im Anschluss an die Verbotsverkündung gegen das Verbot Klage eingereicht. Unterstützt wird „Ansaar International e.V.“ hierbei u. a. von der salafistischen „Föderalen Islamischen Union“ (FIU), die die Zielsumme eines bisher geplanten Geldpools für Rechtsstreitigkeiten von 100.000 Euro auf 500.000 Euro angehoben und zu Spenden hierfür aufgerufen hat. Zudem wurde auf der Plattform www.OpenPetition.de eine Petition gegen das Vereinsverbot von „Ansaar International e. V.“ gestartet. Die Petition wurde bisher von über 14.000 Unterstützern gezeichnet, von denen über 820 Personen in Bayern ansässig sind (Stand: 21.06.2021).



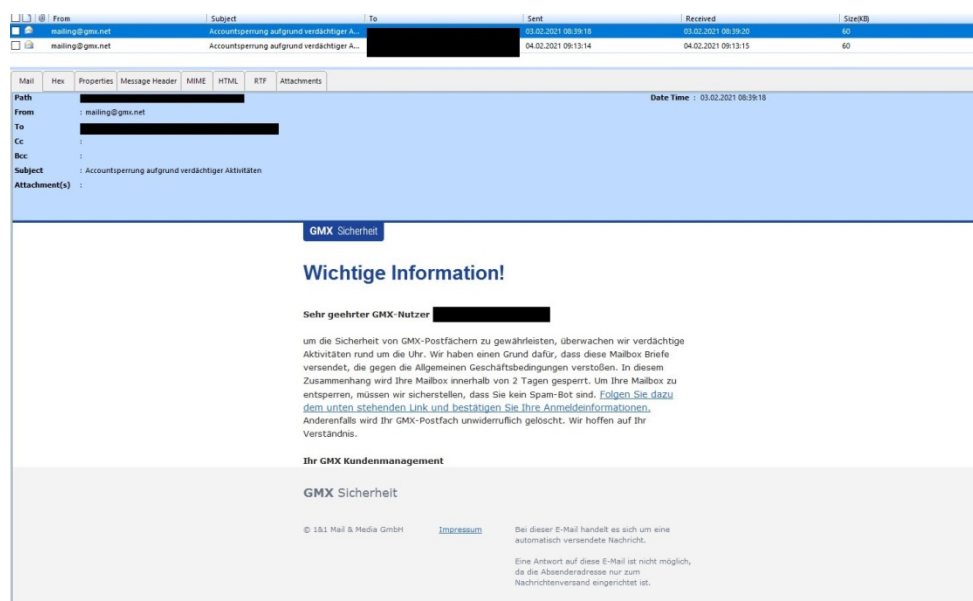
Verfassungsschutzinformationen Bayern
1. Halbjahr 2021

Cyber- und Spionageabwehr


Phishing-Angriffe auf deutsche Politiker

Im Februar erlangte das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz Kenntnis darüber, dass ein mutmaßlich russischer Cyberakteur Phishing-Angriffe mittels gefälschter E-Mails in Deutschland verübt. Ziel dieser Attacken sind mehrheitlich lokale politische Funktionäre und Aktivistengruppen, aber auch private Konten von Mitgliedern der Landesparlamente und des Bundestages.

Betroffen sind ausschließlich E-Mail-Konten der Anbieter GMX und T-Online. Die Mails der Angreifer geben vor, eine offizielle Warnung des jeweiligen Betreibers zu sein. Den Empfängern wird mitgeteilt, dass ihre Mailbox „Briefe versendet, die gegen die Allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen“. Um vermeintlich sicherzustellen, dass es sich bei den Nutzern nicht um Spam-Bots handelt, werden die Betroffenen mithilfe eines Links dazu aufgefordert, ihre Anmeldedaten auf einer manipulierten Webseite einzugeben. Im Falle der Unterlassung wird angedroht, die Konten innerhalb von zwei bzw. drei Tagen unwiderruflich zu löschen. Leisten die betroffenen Personen der Anweisung zur Herausgabe der Anmeldedaten Folge, können die Hacker letztlich Zugriff auf die Konten erlangen und diese anschließend für ihre Zwecke missbrauchen.



Beispiel einer Phishing-Mail beim Anbieter GMX

 Klicken Sie mit der rechten Maustaste hier, um Bilder herunterzuladen. Aus Datenschutzgründen hat Outlook das automatische Herunterladen dieses Bilds aus dem Internet verhindert.
TELEKOM - ERLEBEN, WAS VERBINDET.

Sehr geehrter Telekom-Nutzer,

um die Sicherheit von Telekom-Postfächern zu gewährleisten, überwachen wir verdächtige Aktivitäten rund um die Uhr. Wir haben einen Grund zu der Annahme, dass diese Mailbox Briefe versendet, die gegen die Allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen. In diesem Zusammenhang wird Ihre Mailbox innerhalb von 3 Tagen gesperrt. Um dies zu vermeiden, müssen wir sicherstellen, dass Sie kein Spam-Bot sind. Folgen Sie dazu dem unten stehenden Link und bestätigen Sie Ihre Anmeldeinformationen. Anderenfalls wird Ihr Telekom-Postfach unwiderruflich gelöscht. Wir hoffen auf Ihr Verständnis.

[Bestätigung der Anmeldeinformationen](#)

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Telekom

© Telekom Deutschland GmbH

Beispiel einer Phishing-Mail beim Anbieter T-Online

Eine mögliche Verwendung der auf diese Weise erlangten Daten erfolgt z. B. im Rahmen sogenannter „Hack and Publish“- bzw. „Hack and Leak“-Operationen. Dabei werden vornehmlich die Social-Media-Accounts der betroffenen Personen missbraucht, um Falschinformationen im Namen der Geschädigten zu verbreiten. Diese Vorgehensweise wurde bereits bei einem Vorfall im Januar beobachtet, als über den Twitter-Account des polnischen Politikers Marek Suski Nacktbilder einer Lokalpolitikerin veröffentlicht wurden. Der dazugehörige Bildtext besagte, dass Suski diese Fotos gegen seinen Willen erhalten habe und erweckte dadurch den Eindruck, Suski sei sexuell belästigt worden. Tatsächlich hatte der Angreifer bereits im Vorfeld die Social-Media-Kanäle der Lokalpolitikerin gehackt und konnte anschließend auf dem ebenfalls übernommenen Konto von Suski Desinformationen verbreiten.

Ziel dieser Aktionen ist die Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Durch das gezielte Verbreiten von Falschinformationen können bestimmte, in der Regel negative Emotionen (z. B. Empörung, Hass) erzeugt und auf ausgewählte Akteure gelenkt werden. Dabei ist die Fokussierung der Angreifer auf Politiker im Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl im September von hoher Brisanz.

Sicherheitskreise vermuten einen russischen, staatlich gesteuerten Cyberakteur als Urheber der Kampagne. Presseberichten zufolge käme hier insbesondere der russische Militärnachrichtendienst GRU in Betracht.

Als Reaktion auf die aktuellen Vorfälle hat der Bayerische Staatsminister des Innern am 31. März die Mitglieder des Bayerischen Landtages diesbezüglich sensibilisiert und ein Warnschreiben des Bundesamts für Verfassungsschutz und des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnologie übersandt, um mögliche Angriffe auf Abgeordnete abzuwenden. Darüber hinaus wurden die Abgeordneten des Bayerischen Landtags über ein gezieltes Präventionsangebot der Cyberabwehr Bayern informiert.

Die Gruppierung setzt die Phishing-Kampagne auch nach der umfangreichen Presseberichterstattung in deutschen Medien Ende März fort, weshalb auch weiterhin ein hohes Gefährdungspotenzial besteht.

Die für den Vorfall mutmaßlich verantwortliche Hackergruppierung war zuvor auch durch die Veröffentlichung von Falschnachrichten in Erscheinung getreten: So wurde laut einem Bericht des IT-Sicherheitsunternehmens FireEye bereits im September 2019 auf einer litauischen Nachrichtenseite eine Meldung veröffentlicht, wonach deutsche NATO-Soldaten einen jüdischen Friedhof in Litauen geschändet hätten. Als vermeintlichen Beweis für diesen erfundenen Vorfall veröffentlichte die Hackergruppierung ein zuvor mittels Photoshop bearbeitetes Foto.



Verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit

Michael Stürzenberger kritisiert Medienberichterstattung über die Einstufung von „PI-News“ als erwiesenen extremistische Bestrebung

In einem Beitrag vom 30. April auf dem Internetblog „Politically Incorrect“ („PI-News“) kritisiert Michael Stürzenberger, die Berichterstattung über die Einstufung von „PI-News“ als erwiesenen extremistische Bestrebung im einem Artikel des Nachrichtenmagazins DER SPIEGEL vom 29. April.



Logo von „PI-News“

Bei „PI-News“ handelt es sich um einen seit November 2004 bestehenden reichweitenstarken Internet-

blog, auf dem auch verfassungsschutzrelevante islamfeindliche und rechtsextremistische Agitation verbreitet wird. Die Reichweitenstärke des Blogs zeigt sich etwa an den Aufrufzahlen im August 2020. Hier soll laut eigenen Angaben die Seite etwa 3,27 Millionen Mal besucht worden sein sowie 8,1 Millionen Artikelaufufe stattgefunden haben. Bezüge zur verfassungsschutzrelevanten islamfeindlichen Szene in Bayern bestehen insbesondere durch die ausgeprägte Autorentätigkeit Stürzenbergers auf „PI-News“, der den Blog seit mehreren Jahren als propagandistische Plattform für seine verfassungsschutzrelevante islamfeindliche Agitation nutzt und auf der Seite zudem um Spenden wirbt.

In seinem Beitrag versucht Stürzenberger zunächst „PI-News“ als Publikationsorgan darzustellen, das lediglich vermeintlich unbequeme Wahrheiten enthülle. Die kritische Berichterstattung des SPIEGEL über auf „PI-News“ festgestellte diffamierende Bezeichnungen für Asylsuchende verunglimpft er als Realitätsverweigerung der sogenannten „Mainstreammedien“:

„So meldet man empört, dass Asylbewerber in Texten als ‚Invasoren‘, ‚Rapefugees‘ oder ‚Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte‘ diffamiert werden würden. Es kann eben nicht sein, was nicht sein darf.“

Die im SPIEGEL erfolgte Darstellung Stürzenbergers als regulärer „PI-News“-Autor bezeichnet er selbst als „Halbwahrheit[...]“. Stürzenberger wehrt sich gegen den Vorwurf, er hätte „Umerziehungslager‘ für Muslime nach dem Vorbild Chinas“ gefordert. Er verweist dabei auf den „Verfassungsschutzbericht Bayern 2020“, in dem folgende Aussage Stürzenbergers anlässlich einer Kundgebung in München am 23. September 2020 zitiert wird:

„Ultima Ratio sag ich nur China. Das ist zwar jetzt nicht in einem demokratischen Rechtsstaat die Wahl der Mittel, aber als letztes Mittel, als Ultima Ratio, wenn es hier richtig kracht, dann wird man sich anschauen, wie die Chinesen durchgegriffen haben, und dann gibt's halt Umerziehungslager.“

Auszug: Verfassungsschutzbericht Bayern 2020, Seiten 214/215



Im „PI-News“-Artikel vom 30. April wiederholt Stürzenberger diese Aussage als Teil einer längeren Passage. Er gibt jedoch an, seine Aussage sei auf eine in Deutschland noch nicht eingetretene Situation, in der „der Politische Islam nach der Macht greift“, bezogen gewesen. Allein für den Fall einer solchen Zuspitzung habe er ein derartiges Handeln als „ultima ratio“ gefordert. Wer sich ein solches Szenario nicht vorstellen könne, der solle Stürzenberger zufolge nach Frankreich blicken, „das uns bei der Islamisierung ein paar Jahre voraus ist“. Das Video der Kundgebung vom 23. September 2020 verlinkte er im Artikel auf „PI-News“ erneut.

Bezüge zum Extremismus will Stürzenberger weder bei „PI-News“ noch in seinem eigenen politischen Aktivismus erkannt haben. Stattdessen stellt Stürzenberger den Internetblog und insbesondere sich selbst als Opfer einer tatsachenverfälschenden Berichterstattung von Sicherheitsbehörden und Medien dar.

Forderungen nach einer Internierung von Menschen aufgrund ihres Glaubens mit dem Ziel, diese in politischer oder religiöser Hinsicht „umzuerziehen“, sind jedoch mit der im Grundgesetz garantierten Menschenwürde und dem Rechtsstaatsprinzip unvereinbar. Die im Verfassungsschutzbericht vorgenommene Bewertung der Aussage Stürzenbergers als verfassungsschutzrelevante islamfeindliche Agitation ist aufgrund der intendierten Außerkraftsetzung der Gültigkeit rechtsstaatlicher Prinzipien für Menschen muslimischen Glaubens korrekt.



Sicherheitsgefährdende demokratiefeindliche Bestrebungen

Einrichtung des neuen Sammel-Beobachtungsobjekts „Sicherheitsgefährdende demokratiefeindliche Bestrebungen“

Bei Protestaktivitäten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen waren zuletzt in Teilbereichen eines oftmals stark verschwörungstheoretisch geprägten Umfelds verfassungsschutzrelevante Entwicklungen festzustellen. Vor dem Hintergrund einer sich abzeichnenden, zunehmend gewaltorientierten Entwicklung rund um das Corona-Protestgeschehen richtete das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz Anfang 2021 das Sammel-Beobachtungsobjekt "sicherheitsgefährdende demokratiefeindliche Bestrebungen" ein.

Das inzwischen auch vom Bundesamt für Verfassungsschutz eingerichtete Sammel-Beobachtungsobjekt „Demokratiefeindliche und/oder sicherheitsgefährdende Delegitimierung des Staates“ orientiert sich weitgehend an der bayerischen Phänomenbeschreibung.

Dem bayerischen Sammel-Beobachtungsobjekt werden Einzelpersonen und Personenzusammenschlüsse zugeordnet, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass diese zu Aktionen gegen staatliche Einrichtungen, gegen die staatliche Infrastruktur oder gegen staatliche Repräsentanten und demokratisch gewählte Entscheidungsträger in ihrer Funktion als Amtsträger ernsthaft und nachdrücklich aufrufen oder sich an solchen Aktionen beteiligen. Dabei handelt es sich um Bestrebungen, also um politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Handlungen, die darauf abzielen, die Funktionsfähigkeit des Staates erheblich zu beeinträchtigen, wobei auch Verstöße gegen die Rechtsordnung vorliegen. Einzelpersonen und Gruppierungen, die dem Sammel-Beobachtungsobjekt zugeordnet werden, lassen zudem erkennen, dass auf demokratischem Wege getroffene Entscheidungen und die Legitimität demokratisch gewählter Entscheidungsträger nicht anerkannt werden, weshalb die sicherheitsgefährdenden Bestrebungen auch als demokratiefeindlich bezeichnet werden.

Das Sammel-Beobachtungsobjekt erfasst z. B. Personen, die nachdrücklich und ernsthaft, beispielsweise vor dem Hintergrund der Verschwörungstheorie „QAnon“ („Q“), zu gewalttätigem Widerstand gegen den aus ihrer Sicht illegitimen Staat aufrufen. Dieser Verschwörungstheorie zufolge würden Kinder entführt und in unterirdischen Lagern gefoltert und ermordet, um ein Lebenselixier aus ihnen zu gewinnen, das sogenannte „Adrenochrom“. Die Anhänger der Verschwörungstheorie „Q“ diskreditieren u. a. ihnen unliebsame politische Entscheidungsträger als Marionetten einer angeblich weltweit operierenden Schattenregierung oder eines sogenannten „Deep State“. Sie nehmen dabei Bezug auf antisemitische Verschwörungsmotive wie die Weltverschwörung einer jüdischen Finanzelite und greifen die ebenfalls antijüdisch konnotierte Ritualmordlegende auf. Unter dem Stichwort „Deep State“ wird dabei der Staat so dargestellt, als stünde er unter Kontrolle eines Geflechts aus korrupten und weltweit agierenden politischen Eliten, die konspirativ gegen die eigene Bevölkerung arbeiten. Demokratischen Institutionen wird so jegliche Legitimität abgesprochen, gewählte politische Entscheidungsträger werden entweder als Teil dieser Elite oder als willfährige Marionetten diffamiert.

In Bezug auf sicherheitsgefährdende Bestrebungen im Zusammenhang mit Protestaktivitäten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen spielen derartige Verschwörungstheorien eine wichtige Rolle. Insbesondere dienen sie einzelnen Aktivisten als Begründung für Aufrufe zu Blockade- und Sabotageaktionen, zum Sturm auf staatliche Einrichtungen oder gar zum Mord an politischen Entscheidungsträgern. Diese sehen den Staat und seine Repräsentanten als Teil eines sogenannten Unrechtsregimes oder einer weltweiten Verschwörung an und wännen sich vor diesem Hintergrund in einer Situation, in der ihnen auch der Einsatz von Gewalt als gerechtfertigtes Mittel erscheint, um gegen diesen Staat vorzugehen.

Personenzusammenschlüsse und Einzelpersonen, die gegen die Corona-Schutzmaßnahmen protestieren, weisen keine kohärente, sie einende Ideologie auf. Vielmehr sammeln sich in diesen Gruppierungen Personen mit sehr heterogenen politischen Grundüberzeugungen und Zielen. Die Verbreitung diverser Verschwörungstheorien auf Veranstaltungen dieser Gruppierungen sowie in einschlägigen Chatgruppen stellt jedoch eine wichtige Gemeinsamkeit dar. Unter Schlagwörtern wie

„Corona-Diktatur“, „Quarantäne-Diktatur“ oder „Corona-Regime“ wird Regierungsverantwortlichen und staatlichen Stellen unterstellt, sie würden die Corona-Pandemie dazu ausnutzen, um die Bürger zu entrechten und zu überwachen